

Brüssel, den 29. Januar 2025
(OR. en)

5721/25

COMPET 46
MI 52
IND 25

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	29. Januar 2025
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2025) 26 final
Betr.:	MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2025) 26 final.

Anl.: COM(2025) 26 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 29.1.2025
COM(2025) 26 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit

{SWD(2025) 11 final} - {SWD(2025) 12 final}

Einführung

Die Fähigkeit der Europäischen Union, in der Weltwirtschaft angesichts der aktuellen geopolitischen Herausforderungen wettbewerbsfähig und erfolgreich zu sein, ist für den Wohlstand Europas von entscheidender Bedeutung. Sie hängt von einer klaren Ermittlung ihrer Stärken und Schwächen ab, damit eine zukunftsorientierte Strategie zur Behebung ihrer Defizite, zum Ausbau ihrer Stärken und zur Erschließung neuer Chancen entwickelt werden kann.

Im Mittelpunkt der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der EU steht der Binnenmarkt mit fast 450 Millionen Menschen, 23 Millionen Unternehmen und einem BIP von 17 Billionen EUR. Die EU gehört damit zu den drei größten Volkswirtschaften der Welt und hat einen Anteil von etwa einem Sechstel an der Weltwirtschaft. Die nach wie vor bestehenden Hemmnisse im Binnenmarkt und der Verwaltungsaufwand hindern sie jedoch daran, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Die Fortschritte bei der Binnenmarktintegration haben sich verlangsamt, und es bestehen immer noch Hemmnisse, insbesondere im Dienstleistungssektor. Unternehmen, insbesondere KMU, berichten davon, dass es ihnen schwerfällt, den Verwaltungsaufwand zu bewältigen und die staatlichen Vorschriften einzuhalten. Dies erschwert die Geschäftstätigkeit und schränkt die Expansionsmöglichkeiten der Unternehmen ein.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft ist in vielerlei Hinsicht zunehmendem Druck ausgesetzt. Sie wird durch strukturell hohe Energie- und Strompreise belastet. Letztere sind derzeit zwei- bis dreimal höher als in den USA¹. Europäische Unternehmen stehen bei ihren Investitionsplänen vor Herausforderungen, da sie Schwierigkeiten bei der Kommerzialisierung ihrer Forschungsergebnisse haben. Gebremst werden sie durch unzureichende öffentliche und private Investitionen in die aussichtsreichsten Technologien und Sektoren. Dies hat zur Folge, dass die Entwicklung und die Verbreitung digitaler und anderer fortschrittlicher Technologien hinter konkurrierenden Volkswirtschaften zurückbleiben. Es mangelt auch an qualifizierten Arbeitskräften. Die zunehmend instabile geopolitische Lage erfordert eine genaue Beobachtung der strategischen Abhängigkeiten.

Die Produktivität in Europa ist nach wie vor geringer als in den USA, aber das Aufholpotenzial ist groß. Die Arbeitsproduktivität in der EU, gemessen am kaufkraftbereinigten BIP je Arbeitsstunde, lag 2023 bei 77,8 % des US-Niveaus (siehe Abbildung 1). Positiv zu vermerken ist, dass der Wert sowohl im Hinblick auf das Niveau als auch auf die Dynamik in den letzten Jahren besser war als im Vereinigten Königreich und Japan. Innerhalb der EU verbergen sich hinter diesem EU-Durchschnittswert einige Unterschiede. Die Mitgliedstaaten, die erst vor Kurzem beigetreten sind, haben das Niveau der USA erreicht.

Die Attraktivität Europas als Unternehmensstandort nimmt ab. Seit 2008 hat ein Drittel der sogenannten „Unicorn-Unternehmen“ beschlossen, ihren Standort ins Ausland zu verlagern². Nur vier der fünfzig größten Technologieunternehmen sind in der EU ansässig, und keines der wertvollsten Unternehmen der EU wurde in den letzten fünfzig Jahren ganz neu

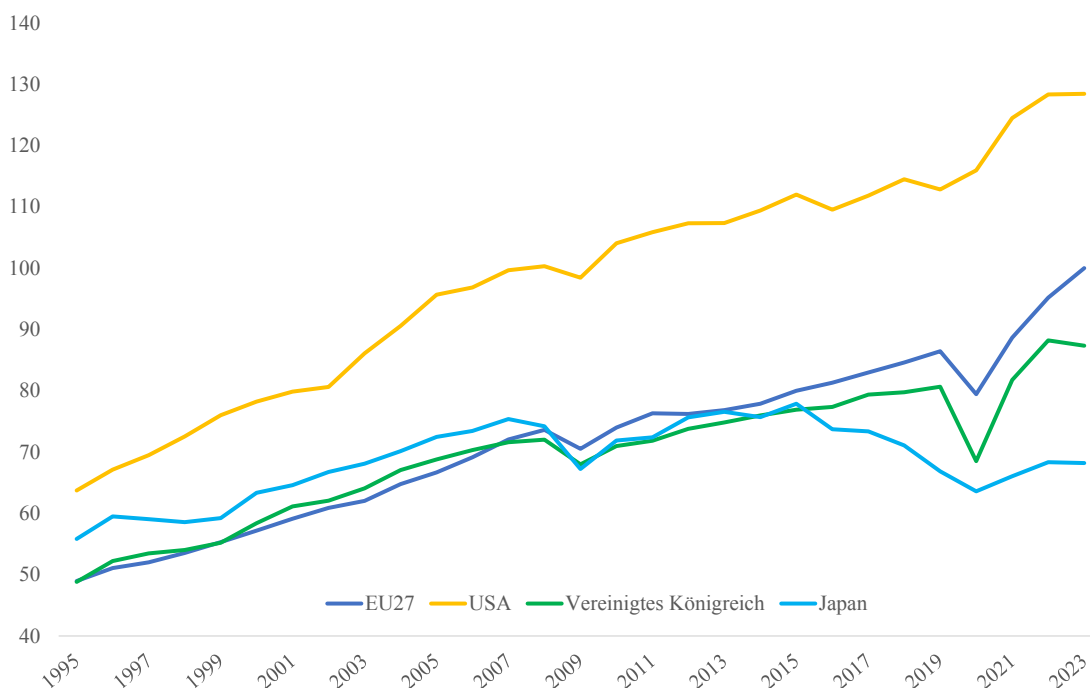
¹ Eurostat, US-Behörde für Energieinformationen (EIA). Siehe Abschnitt 3.3.

² Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, [„The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe“](#). Teil A, S. 2.

gegründet³⁴. Dies deutet auf mangelnde Marktdynamik, ein ungünstiges Innovationsklima und hohe Hürden für Markteintritt und Expansion hin. Infolgedessen ist das Vertrauen in die EU als Wirtschaftsstandort geschwunden, die ausländischen Direktinvestitionen sind zurückgegangen und die erheblichen Ersparnisse der privaten Haushalte werden anderswo angelegt. Gleichzeitig besteht ein enormes Potenzial für eine Steigerung der Investitionen in Sektoren und Technologien, die für die Wettbewerbsfähigkeit der EU von entscheidender Bedeutung sind. Dabei kann die EU ihre Stärken ausspielen, sofern die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der Jahresbericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit bildet den analytischen Rahmen für den Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit, der gleichzeitig als erste große Initiative der neuen Kommission vorgelegt wird. Der Bericht soll eine Beurteilung der Sachlage und Diagnose bereitstellen, die dem Deal für eine saubere Industrie und der Binnenmarktstrategie zugrunde gelegt werden kann. Er baut auf den Berichten des ehemaligen Ministerpräsidenten Letta über den Binnenmarkt⁵, des ehemaligen Ministerpräsidenten Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit⁶ und des ehemaligen Präsidenten Niinistö zur Einsatzbereitschaft⁷ auf. Damit wird den Forderungen der Unternehmen entsprochen, die Wettbewerbsfähigkeit in den Mittelpunkt der Agenda der EU zu stellen⁸.

Abbildung 1: Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der EU und anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften



Quelle: AMECO-Datenbank. Pro-Kopf-BIP in Kaufkraftparitäten (KKP) je Arbeitsstunde. Werte für EU

³ Statt durch Fusionen, Übernahmen oder Spin-offs von etablierten Unternehmen.

⁴ Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, „[The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe](#)“. Teil A, S. 10.

⁵ Ehemaliger Ministerpräsident Letta, „[Größer mehr als ein Markt](#)“.

⁶ Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, „[The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe](#)“.

⁷ Ehemaliger Präsident Niinistö, „[Enhancing the European Union's Resilience for Future Uncertainties](#)“.

⁸ Ein Aufruf aus der Wirtschaft ist z. B. die Erklärung von Antwerpen für einen europäischen Industriedeal („[Antwerp Declaration for a European Industrial Deal](#)“).

Mit seinen 22 zentralen Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators – im Folgenden „KPI“ oder „Indikatoren“)⁹ enthält der Bericht eine Analyse der wichtigsten Triebkräfte für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der EU sowie des Zustands des Binnenmarkts. Er dient als Grundlage für Diskussionen mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament und ermöglicht eine Bestandsaufnahme des Binnenmarkts und der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Rahmen einer jährlichen Fortschrittsüberprüfung¹⁰. Damit wird der Aufforderung des Europäischen Rates¹¹ gemäß der Mitteilung über die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU¹² aus dem Jahr 2023 Rechnung getragen. Begleitend zu diesem Bericht werden zwei Arbeitsunterlagen der Kommissionsdienststellen mit zusätzlichen Daten und Analysen im Zusammenhang mit den KPI, einem Überblick über die Resilienzmaßnahmen ausgewählter globaler Akteure und einer Beobachtungsstelle für industrielle Ökosysteme erstellt. Ergänzt werden diese Elemente durch den Binnenmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsanzeiger mit weiteren 150 Indikatoren¹³.

Der Bericht zeigt Stärken, auf denen aufgebaut werden kann, und Schwächen, die es zu beheben gilt, auf. Er beginnt mit einer Bewertung der Funktionsweise des Binnenmarkts und er liefert eine Bestandsaufnahme der Wettbewerbsfähigkeit der EU anhand der drei Achsen des Kompasses für die Wettbewerbsfähigkeit. Es werden die Fortschritte der EU bei der Schließung der Innovationslücke untersucht. In dem Bericht wird anschließend der aktuelle Stand der treibenden Kräfte, die die Dekarbonisierung der Industrie und die Investitionen voranbringen, dargelegt. Abschließend befasst sich der Bericht mit den Fortschritten bei der Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit und dem Abbau von Abhängigkeiten.

⁹ Ausgangspunkt für die diesjährige Ausgabe des Berichts sind die 17+2 KPI aus dem Jahresbericht 2024 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit. Durch verschiedene Ergänzungen wird die Analyse in Bereichen von zentralem Interesse vertieft.

¹⁰ [Mitteilung „30 Jahre Binnenmarkt“ \(COM\(2023\)162\)](#).

¹¹ In den [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Dezember 2022](#) wurde die Kommission ersucht, eine auf EU-Ebene angesiedelte Strategie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität vorzulegen.

¹² Mitteilung „[Langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU: Blick über 2030 hinaus](#)“ (COM(2023) 168).

¹³ Europäische Kommission, Binnenmarktanzeiger.

ABSCHNITT 1 – Ein funktionierender Binnenmarkt

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller EU-Wert
Indikator 1: Arbeitsproduktivität	BIP je Arbeitsstunde (in KKP gemessen)		77,8 % des US-Niveaus (2023) 74,2 % des US-Niveaus (2022)
Indikator 2: Binnenmarktintegration	Anteil des Handels zwischen EU-Mitgliedstaaten am BIP der EU		23,8 % bei Waren (2023) 26,0 % bei Waren (2022) 7,6 % bei Dienstleistungen (2023) 7,8 % bei Dienstleistungen (2022)
Indikator 3: Konformitätsdefizit	Anteil der von den Mitgliedstaaten umgesetzten Richtlinien im Bereich des EU-Binnenmarkts, bei denen die Kommission wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat.	< 0,5 %	0,9 % (2024) 1,1 % (2023)
Indikator 4: Einfachheit der Rechtsbefolgung	Einfachheit der Rechtsbefolgung, basierend auf den Ergebnissen einer Befragung von Unternehmen, die die Frage „Wie einfach ist es in Ihrem Land für Unternehmen, die staatlichen Vorschriften und Verwaltungsanforderungen einzuhalten (z. B. Genehmigungen, Berichterstattung, Rechtsvorschriften)? (1 = extrem komplex; 7 = extrem einfach)“ in der Umfrage zum Globalen Wettbewerbsfähigkeitsindex (Global Competitiveness Index) des Weltwirtschaftsforums beantwortet haben.		3,87 (2023) 3,80 (2022)

Legende	Verbesserung	Stabil	Verschlechterung
---------	--------------	--------	------------------

Ein gut funktionierender Binnenmarkt ist der wichtigste Verstärker für das Produktivitätswachstum, da er einen großen Nachfragepool und diversifizierte Angebotsquellen bietet. Er gibt den Unternehmen die Möglichkeit, innovativ zu sein und zu wachsen. Einer der großen Vorteile ist das stabile, auf Rechtsstaatlichkeit beruhende Umfeld. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist für das Funktionieren des Binnenmarkts von zentraler Bedeutung, da sie ein stabiles Geschäftsumfeld schafft, das der EU und ihren Mitgliedstaaten einen globalen Wettbewerbsvorteil verschafft. Die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet ein Unternehmensumfeld, in dem Rechtsvorschriften wirksam und einheitlich angewandt werden, in dem Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat gleichberechtigt mit einheimischen Unternehmen tätig sein können und in dem die Haushaltsmittel auf transparente und objektive Weise ausgegeben werden.

Die Integration des Binnenmarkts schreitet voran und der Handel innerhalb der EU hat in den letzten Jahrzehnten tendenziell zugenommen. Der grenzüberschreitende Warenverkehr innerhalb der EU ist von etwas mehr als 20 % des BIP der EU im Jahr 2018 auf heute 23,8 % gestiegen (Indikator 2). Bei der Integration von Dienstleistungen ist das Bild uneinheitlicher – sie vollzieht sich deutlich langsamer und geht von einem deutlich niedrigeren Niveau aus (von etwa 7 % des BIP auf 7,8 % des BIP im selben Zeitraum). Im Jahr 2023 war bei Waren ein erheblicher Rückgang und bei Dienstleistungen ein geringer Rückgang zu

verzeichnen¹⁴, das Niveau liegt jedoch nach wie vor deutlich über demjenigen vor der Pandemie. Der jüngste Rückgang des Werts des Warenhandels ist zu einem großen Teil auf den Rückgang der Energiepreise zurückzuführen. Dadurch sind die Preise der gehandelten Waren gesunken und gleichzeitig sind die tatsächlichen Mengen zurückgegangen. Für eine eindeutige Schlussfolgerung zu diesen Trends ist es sicherlich noch zu früh; künftige Daten werden weitere Erkenntnisse liefern.

1.1 Hemmnisse im Binnenmarkt

Im Laufe der Jahre hat die EU viele Handelshemmnisse im Binnenmarkt beseitigt, aber es entstehen immer wieder neue Hindernisse und Ursachen für Fragmentierungen. Der Tracker für Binnenmarkthemmnisse¹⁵ sowie die Analysen des European Round Table for Industry¹⁶, von Eurochambres¹⁷ und anderen Interessenträgern lassen ein Muster erkennen, nämlich dass die Hemmnisse zunehmen. Eine Beobachtung aus verschiedenen Blickwinkeln ist notwendig, um geeignete politische Maßnahmen zum Abbau dieser Hemmnisse zu ermitteln.

Im Dienstleistungssektor ist der Binnenmarkt nach wie vor durch eine Kombination rechtlicher und administrativer Hemmnisse fragmentiert. Zu den größten regulatorischen Hemmnissen gehören rechtliche Anforderungen an den Zugang zu reglementierten Berufen und an die Unternehmen, die Dienstleistungen erbringen dürfen, sowie Unterschiede im Arbeits- und Steuerrecht. Zu den administrativen Hemmnissen gehören komplexe Meldepflichten für die Entsendung von Arbeitnehmern und die Bescheinigung des Sozialversicherungsschutzes. Die Komplexität des Gesellschaftsrechts und die Unterschiede bei den Vorschriften, die in den einzelnen Mitgliedstaaten für die Gründung eines neuen Unternehmens oder die Eintragung einer Tochtergesellschaft gelten, sind nach wie vor ein Hemmnis für Dienstleister, die von der Nähe zu ihren Kunden abhängig sind.

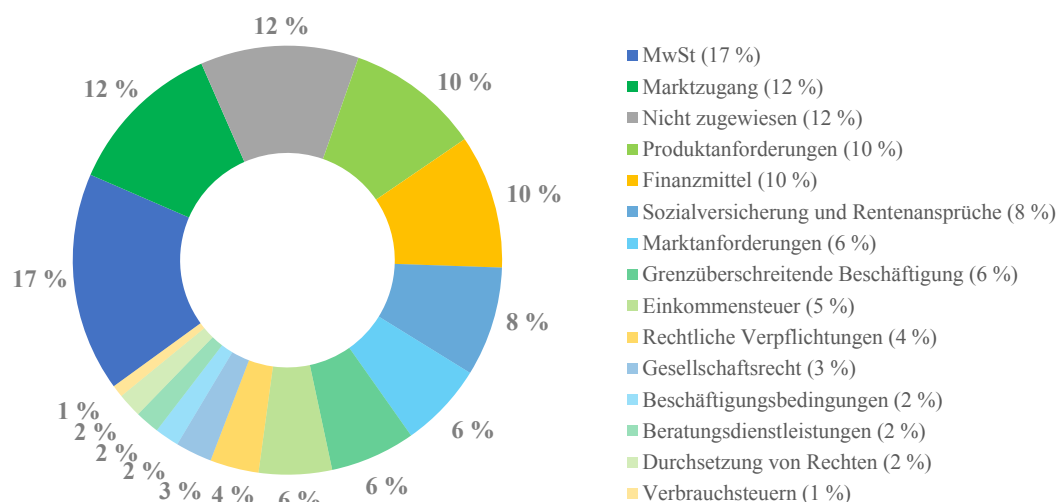
¹⁴ Neben der offensichtlichen Auswirkung auf die Preise gibt es weitere Gründe, die den Handel innerhalb der EU behindern haben könnten, z. B. die zunehmende Bedeutung globaler Wertschöpfungsketten, geopolitische Spannungen, strukturelle Veränderungen in der EU-Wirtschaft wie der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe und der Anstieg im Dienstleistungssektor, die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, sowie anhaltende Handels- und Investitionshemmnisse wie nichttarifäre Handelshemmnisse und regulatorische Unterschiede.

¹⁵ Der Tracker für Binnenmarkthemmnisse ist ein Instrument, das im Rahmen der [Verordnung über das einheitliche digitale Zugangstor](#) geschaffen wurde, um bei Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen Daten über Binnenmarkthemmnisse zu erheben: [Tracker für Binnenmarkthemmnisse](#).

¹⁶ [Single Market – Compendium of obstacles](#), 13. Februar 2024.

¹⁷ Eurochambres Single Market Survey: [Overcoming obstacles, developing solutions](#).

Abbildung 2: Gemeldete Hemmnisse nach Kategorien, verteilt auf die 15 größten Hemmnisse



Quelle: Tracker für Binnenmarkthemmnisse Dashboard mit Daten von Your Europe, SME Feedback Survey, SOLVIT und Your Europe Advice (YEA) zwischen 2022 und Oktober 2024.

Der grenzüberschreitende Warenverkehr innerhalb der EU wird häufig durch verschiedene Arten von Hemmnissen behindert, wie Daten des Trackers für Binnenmarkthemmnisse zeigen. So sind beispielsweise die Hersteller nach den nationalen Vorschriften für Verpackung und Kennzeichnung verpflichtet, Produkte herzustellen, die auf bestimmte Mitgliedstaaten zugeschnitten sind, und können nicht einfach den gesamten Binnenmarkt bedienen. Der Marktzugang für Waren wird auch durch rechtliche und administrative Hemmnisse für den Markteintritt, u. a. die Einholung von Genehmigungen und Zulassungen, erschwert. Interessenträger berichten regelmäßig von nichtregulatorischen Hemmnissen, wie z. B. territorialen Lieferbeschränkungen¹⁸ (siehe Abschnitt 1.4 zum freien Warenverkehr). Eines der Hemmnisse für den Warenverkehr besteht darin, dass der Marktzugang durch die Anforderungen der erweiterten Herstellerverantwortung eingeschränkt wird. Die von den Mitgliedstaaten festgelegten Marktanforderungen für die gegenseitige Anerkennung nicht harmonisierter Waren sowie für die Ausfuhr, die Beförderung und die Verwendung von Sekundärrohstoffen haben ebenfalls die Fragmentierung des Binnenmarkts verstärkt. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die 15 größten Hemmnisse, wie sie vom Tracker für Binnenmarkthemmnisse ermittelt wurden.

1.2 Umsetzung und Durchsetzung im Binnenmarkt

Die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission sind gemeinsam dafür verantwortlich, dass die Binnenmarktvorschriften eingehalten und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden. Die Arbeit der Kommission zur Gewährleistung der Einhaltung der Vorschriften umfasst drei Hauptaspekte: Stärkung der Verhinderung von Hemmnissen, Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und korrigierende Durchsetzungsmaßnahmen.

Was den präventiven Aspekt der Durchsetzung betrifft, so arbeitet die Kommission eng mit den Mitgliedstaaten zusammen, um die wirksame Umsetzung der bestehenden Meldemechanismen und deren Transparenz zu gewährleisten. Auf Ersuchen der Mitgliedstaaten hat die Kommission das Single Notification Window, ein zentrales

¹⁸ Territoriale Lieferbeschränkungen sind Hemmnisse, die von privaten Lieferanten in der Lieferkette auferlegt werden und die sich auf Einzel- oder Großhändler auswirken können. Diese Beschränkungen können Einzel- oder Großhändler daran hindern oder beschränken, Waren in anderen EU-Ländern als dem, in dem sie ansässig sind, zu beziehen, und/oder sie daran hindern, Waren in anderen EU-Ländern als das Land, in dem sie ansässig sind, zu vertreiben (d. h. weiterzuverkaufen).

Meldeportal, ins Leben gerufen, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Dabei handelt es sich um eine Online-Plattform, die einen Überblick und einen einfachen Zugang zu verschiedenen Meldeverfahren bietet, die in sektorspezifischen, für den Binnenmarkt relevanten Rechtsvorschriften vorgesehen sind.

Die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (Single Market Enforcement Taskforce – SMET) stärkt das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung der Kommission und der Mitgliedstaaten für die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Vorschriften und die Zusammenarbeit bei der Beseitigung spezifischer Hemmnisse im Binnenmarkt. Der SMET-Bericht¹⁹ bietet einen umfassenden Überblick. Beispiele für die in den letzten Jahren erzielten Ergebnisse sind die Beseitigung von mehr als 90 administrativen Hemmnissen bei der Erteilung von Genehmigungen für Wind- und Solarenergie und die Unterstützung der Einführung von fünf bewährten Genehmigungsverfahren, die zur Steigerung der Investitionen in erneuerbare Energien beitragen. Durch die Zusammenarbeit im Rahmen der SMET ist auch die IBAN-Diskriminierung in fünf Bereichen (Steuern, Sozialleistungen, Renten, Zahlungen für die Gesundheitsversorgung und Telekommunikation) zurückgegangen. Die Ermittlung neuer SMET-Projekte in anderen Bereichen, wie digitale Dienste, Verpackungs- und Kennzeichnungsanforderungen und gegenseitige Anerkennung, ist im Gange²⁰.

Was den korrigierenden Aspekt der Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften betrifft, so hat sich die Situation stetig verbessert. Dem Binnenmarktanzeiger²¹ zufolge ist die Zahl der von der Kommission gegen EU-Mitgliedstaaten eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung des EU-Rechts weiter zurückgegangen (– 6 % im letzten Jahr)²². Die Zahl der Vertragsverletzungen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, und die Bereiche, in denen die meisten Vertragsverletzungsverfahren zu verzeichnen waren, sind Umwelt (35 %), Verkehr (17 %) und Energie (12 %). Die Kommission setzt auch ihre Maßnahmen zur Durchsetzung des EU-Wettbewerbsrechts gegen Unternehmen fort, die wettbewerbswidrige Praktiken anwenden, welche das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts behindern. Der Gerichtshof hat entschieden, dass Privatpersonen eine finanzielle Entschädigung verlangen können, wenn ein Mitgliedstaat in schwerwiegender Weise gegen EU-Recht verstößt.

Das Konformitätsdefizit geht gegenüber den früheren Höchstständen langsam zurück, liegt aber immer noch über dem EU-Zielwert²³. Dieser Wert gibt Auskunft über den Anteil der von den Mitgliedstaaten umgesetzten Richtlinien im Bereich des EU-Binnenmarkts, bei denen die Kommission wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat (Indikator 3). Nach dem deutlichen Anstieg des Konformitätsdefizits von 0,8 % im Jahr 2018 auf einen Spitzenwert von 1,4 % im Jahr 2020 geht es nun langsam zurück (2023: 0,9 %). Es liegt jedoch weiterhin deutlich über dem EU-Ziel von 0,5 %.

Das Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz²⁴ stärkt die Krisenvorsorge und -reaktion, indem es Maßnahmen zur Bewältigung von Unterbrechungen der Lieferketten vorsieht

¹⁹ [Europäische Kommission, SMET-Bericht](#).

²⁰ [SMET-Bericht](#).

²¹ [Binnenmarktanzeiger](#).

²² [Binnenmarktanzeiger](#). Die Zahl der anhängigen Vertragsverletzungsverfahren ist zurückgegangen, obwohl im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum 25 % mehr neue Verfahren eingeleitet wurden (172 gegenüber 138).

²³ Europäische Kommission – [Binnenmarktanzeiger](#).

²⁴ [Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz](#).

und die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Die Kommission führt Notfallpläne ein, u. a. Krisensimulationen und verbesserte Kommunikationsinstrumente, um das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Regierungen zu gewährleisten.

1.3 Grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen im Binnenmarkt

Auf den Dienstleistungssektor entfallen rund 70 % des BIP und der Beschäftigung in der EU²⁵, dennoch entfaltet der Binnenmarkt für Dienstleistungen weiterhin nicht sein volles Potenzial. Der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr macht weniger als ein Drittel des Warenverkehrs aus²⁶ und ist im Gegensatz zum Warenverkehr nicht größer als der Dienstleistungsverkehr mit Nicht-EU-Staaten. Auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor ist nach wie vor gering²⁷ und wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit sowohl des Dienstleistungssektors selbst als auch des verarbeitenden Gewerbes in der EU aus, da auf Dienstleistungen fast 40 % der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe entfallen²⁸.

Gemäß der Dienstleistungsrichtlinie, die darauf abzielt, Hemmnisse für Investitionen und den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu beseitigen, haben die Mitgliedstaaten einen großen Spielraum bei der Festlegung ihrer eigenen Vorschriften. Dies führt dazu, dass es eine große Vielfalt an nationalen Vorschriften gibt. Spezifische nationale Anforderungen können zwar gerechtfertigt und verhältnismäßig sein, um legitime Ziele des Allgemeininteresses zu erreichen, sie stellen jedoch Hemmnisse für Fachkräfte und Unternehmen dar, die Dienstleistungen in anderen EU-Mitgliedstaaten anbieten möchten. Die Kommission schätzt, dass trotz des anfänglichen Abbaus regulatorischer Hemmnisse nach der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie etwa 60 % dieser Hemmnisse von der gleichen Art sind wie vor zwanzig Jahren²⁹ und nur in begrenztem Maße eine gegenseitige Anerkennung gegeben ist.

Dienstleistungssektoren wie das Baugewerbe und der Einzelhandel sind wirtschaftlich wichtig, bleiben aber hinter ihrem Potenzial zurück³⁰. Die Bereitstellung von neuem Wohnraum und die Renovierung des europäischen Gebäudebestands werden durch ein komplexes Rechts- und Verwaltungsumfeld mit großen Unterschieden nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Mitgliedstaaten gebremst, was die grenzüberschreitende Erbringung von Bauleistungen eingeschränkt. Weitere Beispiele sind Einschränkungen für die Niederlassung sowie für den täglichen Geschäftsbetrieb als wichtigste Hemmnisse für einen leistungsfähigeren Einzelhandel. Dies wirkt sich auch auf die Lieferkette und die Verbraucher aus.

²⁵ [Binnenmarktanzeiger, „Access to Services and Services Markets“.](#)

²⁶ Dies ist in erster Linie auf die in Abschnitt 1.1 genannten Hemmnisse zurückzuführen, wie z. B. die Reglementierung von Berufen und Unternehmen, die Dienstleistungen erbringen dürfen, Unterschiede im Arbeits- und Steuerrecht, komplexe Meldepflichten für die Entsendung von Arbeitnehmern und die Bescheinigung des Sozialversicherungsschutzes.

²⁷ [EZB, Eurostat](#). Das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der EU ist im Dienstleistungssektor geringer als im verarbeitenden Gewerbe (0,96 % ggü. 1,55 % im Zeitraum 2010-2019). Zudem ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität pro Stunde im Dienstleistungssektor in der EU geringer als das in den USA (3,8 % ggü. 12,4 % im Zeitraum 2019-2024).

²⁸ ECSIP, „Study on the relation between industry and services in terms of productivity and value creation“.

²⁹ [30 years of single market – taking stock and looking ahead; Business Europe, Examples of Single Market barriers for businesses - 2023.](#)

³⁰ Beispielsweise macht das Baugewerbe 11 % des BIP der EU aus, aber nur 1 % des Dienstleistungshandels innerhalb der EU. Die Arbeitsproduktivität im Baugewerbe liegt bei etwa 35 EUR pro Stunde, das sind 30 % weniger als im verarbeitenden Gewerbe.

Die Mitgliedstaaten beschränken den Zugang zu mehr als 5 700 reglementierten Berufen in der EU³¹, das entspricht etwa 22 % der Erwerbsbevölkerung³². Der Anteil der Erwerbstätigen in reglementierten Berufen ist in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und reicht von 14 % in Dänemark bis 33 % in Deutschland³³. Die Reglementierung von Berufen kann zwar dem Schutz des Allgemeininteresses dienen, führt aber dazu, dass inländische und andere EU-Bürgerinnen und -Bürger an der Ausübung dieser Berufe gehindert werden, wenn sie nicht die Anforderungen des nationalen Rechts erfüllen. Betrachtet man verschiedene Berufssparten, in denen Unternehmen üblicherweise auf externe Dienstleister zurückgreifen, wie z. B. Wirtschaftsprüfer, Architekten, Bauingenieure oder Rechtsanwälte, so zeigt sich, dass der Grad der Beschränkung sehr unterschiedlich ist: Einige Mitgliedstaaten sehen überhaupt keine Beschränkungen vor, während andere die Möglichkeit der Berufsausübung durch Gebietsfremde stark einschränken³⁴.

Wenn ein Mitgliedstaat einen Beruf reglementiert, müssen sich Bürgerinnen und Bürger aus anderen Mitgliedstaaten einem Verfahren zur Anerkennung ihrer Berufsqualifikation unterziehen. Dank der im Rahmen der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen³⁵ eingeführten Verfahren wurden mehr als 90 % der fast 1 Million Anerkennungsanträge positiv beschieden³⁶. Die Bürgerinnen und Bürger stehen jedoch vor praktischen Problemen, wenn sie ihre beruflichen Qualifikationen anerkennen lassen wollen³⁷. Eine ständige Herausforderung ist zudem die langsame und ineffiziente Anerkennung von Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen, die die Mobilität blockiert, zur Überqualifizierung beiträgt und die Integration in den EU-Arbeitsmarkt einschränkt. Die Kommission arbeitet an möglichen Lösungen zur Beschleunigung und Vereinfachung des Systems zur Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Entsendemeldungen können zum Schutz der Rechte der Arbeitnehmer gerechtfertigt sein, sie stellen jedoch ein erhebliches administratives Hemmnis für die vorübergehende grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen dar. Die Kommission arbeitet mit den Behörden der Mitgliedstaaten in der Taskforce für die Durchsetzung des Binnenmarkts zusammen, um gerechtfertigte und verhältnismäßige Meldepflichten zu gewährleisten. Die Kommission hat ferner eine Verordnung zur Einrichtung eines gemeinsamen freiwilligen digitalen Portals zur Vereinfachung der Entsendemeldung vorgeschlagen, das an das Binnenmarktinformationssystem (IMI) angebunden wird³⁸. Dies würde es den Unternehmen ermöglichen, Entsendemeldungen an einem Ort für alle EU-Länder über die öffentliche Schnittstelle abzugeben. Außerdem würde dies den Verwaltungsaufwand für Unternehmen und nationale Behörden verringern und gleichzeitig die Arbeitnehmerrechte schützen.

Der Postsektor steht aufgrund des strukturellen Rückgangs bei der Beförderung von Briefsendungen und der steigenden Stückkosten, die die Kosten des Universaldienstes unter Druck setzen, vor Herausforderungen. Der Sektor der Postdienste ist für die

³¹ [Datenbank der reglementierten Berufe.](#)

³² [Measuring Prevalence and Labour Market Impacts of Occupational Regulation in the EU.](#)

³³ Ebenda.

³⁴ Europäische Kommission, [Binnenmarktanzeiger](#), „Barriers to accessing professional services markets“; EU Restrictiveness Indicator (EURI) Datenbank.

³⁵ [Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.](#)

³⁶ [Datenbank der reglementierten Berufe.](#)

³⁷ Zwar gibt es für bestimmte Berufe und Wirtschaftszweige automatische Anerkennungsverfahren, die auf harmonisierten Mindestanforderungen an die Ausbildung oder die Berufserfahrung beruhen, doch ist ihr Anwendungsbereich in der Praxis sehr begrenzt und die Verfahren sind viel zu oft sehr komplex und langwierig.

³⁸ [Vorschlag der Kommission](#) vom 13. November 2024 zur Einrichtung eines zentralen digitalen Meldeportals.

Wirtschaft und den Binnenmarkt von entscheidender Bedeutung; er leistet einen Beitrag von 0,8 % zum BIP der EU und beschäftigt 1,65 Millionen Menschen. Neue Marktteilnehmer, insbesondere Giganten des elektronischen Handels, stören den Wettbewerb im Bereich der Paketzustellung. Einer aktuellen Studie zufolge³⁹ steht der Sektor vor Herausforderungen wie der zunehmenden regulatorischen Fragmentierung und unterschiedlichen Qualitätsniveaus.

1.4 Grenzüberschreitender Warenverkehr im Binnenmarkt

Der neue Rechtsrahmen hat die Einheitlichkeit der EU-Produktvorschriften verbessert, es gibt jedoch Herausforderungen. Der neue Rechtsrahmen gilt für Produkte wie Batterien, Maschinen und persönliche Schutzausrüstungen⁴⁰ und betrifft etwa 80 % der Industrieproduktion und 74 % der innergemeinschaftlichen Produktion. Die im Jahr 2022 durchgeführte Bewertung des neuen Rechtsrahmens hat jedoch Probleme aufgezeigt, die dringend behoben werden müssen, wie z. B. die mögliche Einflussnahme aus dem Ausland, rechtswidrige Praktiken und Lücken bei der Digitalisierung und im Bereich der Kreislaufwirtschaft. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist von entscheidender Bedeutung, um Kohärenz zu gewährleisten und die Kosten für die Wirtschaftsbeteiligten und Behörden zu senken.

Der freie Warenverkehr wird behindert, wenn Produkte die Anforderungen an Gesundheit, Sicherheit und Nachhaltigkeit nicht erfüllen. Der EU-Rahmen für die Marktüberwachung soll dem entgegenwirken und betrifft alle Non-Food-Produkte, die unter die Harmonisierungsvorschriften fallen. Auf diese Produkte entfallen etwa zwei Drittel des Warenhandels innerhalb der EU. Die Kommission unterstützt und koordiniert die Aktivitäten der nationalen Behörden, die die Konformität von in der EU in Verkehr gebrachten Produkten überprüfen, und finanziert 36 laufende gemeinsame Durchsetzungsmaßnahmen in verschiedenen Produktbereichen, die unter die Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union fallen. Im Jahr 2024 registrierten die Durchsetzungsbehörden mehr als 36 916 Untersuchungen zu Non-Food-Produkten und ergriffen in mehr als 23 389 Fällen Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und zur Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen.

Neue Trends im internationalen elektronischen Handel und bei der Umgestaltung der Lieferketten setzen die Zollkontrollen, die Marktüberwachung und die Verbraucherschutzbehörden unter Druck. Die Zahl der in die EU eingeführten Pakete aus dem elektronischen Handel stieg von 1,1 Milliarden im Jahr 2022 auf 2,2 Milliarden im Jahr 2023 und wird 2024 voraussichtlich 4 Milliarden betragen. Im Jahr 2023 wurden etwa 152 Millionen gefälschte Waren an den EU-Grenzen und im Binnenmarkt beschlagnahmt, das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 86 Millionen im Jahr 2022⁴¹. Es wurden wichtige Schritte unternommen, um dem Problem entgegenzuwirken, dass nicht konforme Waren, auch durch Online-Verkäufe, in den Binnenmarkt gelangen. Dazu gehören die Umsetzung der Marktüberwachungsverordnung⁴², die vom EU-Netz für Produktkonformität unterstützt wird,

³⁹ [Internal Market, Industry, Entrepreneurship and SMEs – Postal services.](#)

⁴⁰ [Batterien: Verordnung \(EU\) 2023/1542](#); Maschinen: [Verordnung \(EU\) 2023/1230](#); persönliche Schutzausrüstungen: [Verordnung \(EU\) 2016/425](#).

⁴¹ Dies stellt besondere Herausforderungen für die Produktsicherheit und die Marktüberwachung dar, da von den ermittelten gefährlichen Produkten in der EU etwa drei Viertel von außerhalb der EU kommen und nicht für alle Konsumgüter eine verantwortliche Person in der EU benannt werden muss, die zwecks Einleitung von Abhilfemaßnahmen zur Verfügung steht. Dies wirkt sich negativ auf die Wettbewerbsgleichheit in der EU aus.

⁴² [Verordnung \(EU\) 2019/1020](#).

die Annahme der Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit⁴³ zur Stärkung der Produktsicherheitsvorschriften und Vorschläge für eine Reform der EU-Zollunion zur wirksameren Kontrolle von Wareneinfuhren. Darüber hinaus ergreift die Kommission Maßnahmen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste.

Territoriale Angebotsbeschränkungen im Einzel- und Großhandel fragmentieren den Binnenmarkt, schränken die Wahlmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher ein und tragen zu erheblichen Preisunterschieden in der EU bei.⁴⁴ Diese Angebotsbeschränkungen gehen von großen Markenherstellern aus, die es den Einzelhändlern erschweren oder verhindern wollen, dass sie Produkte in einem Mitgliedstaat kaufen und in einem anderen weiterverkaufen. Das Wettbewerbsrecht ist zwar ein wirksames Instrument zur Sanktionierung solcher Praktiken⁴⁵, doch fallen viele davon nicht in seinen Anwendungsbereich⁴⁶. Um Lösungen für dieses Problem zu ermitteln, leitete die Kommission eine Sondierung mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der SMET ein und wird mit den relevanten Interessengruppen der Branche (Einzel- und Großhändler, Hersteller, Verbraucher) in einen Dialog treten.

Harmonisierte technische Normen fördern den freien Warenverkehr, indem sie gewährleisten, dass die Produkte Sicherheits-, Qualitäts- und Leistungsanforderungen in allen Mitgliedstaaten erfüllen. Die CE-Kennzeichnung weist darauf hin, dass die Produkte den harmonisierten Produktvorschriften der EU entsprechen, sodass sie in ganz Europa verkauft werden dürfen. Normen verringern Handelshemmnisse, gewährleisten die Interoperabilität von Produkten und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen. Dem Normungsrahmen mangelt es mitunter an Schnelligkeit und Flexibilität, insbesondere bei neuen Wertschöpfungsketten für den grünen und digitalen Wandel. Es ist von größter Bedeutung, die rasche Bereitstellung von Normen und die Beteiligung des Wirtschaftszweigs der EU an Normungsaufträgen in Bereichen zu fördern, die für die Wettbewerbsfähigkeit der EU entscheidend sind. Diese Schwerpunktbereiche werden einmal im Jahr im Rahmen des jährlichen Arbeitsprogramms der Union für europäische Normung festgelegt⁴⁷. Die Kommission prüft derzeit den Rechtsrahmen für die europäische Normung, um weitere Maßnahmen zu bestimmen.

Die Bewertung der Textilkennzeichnungsverordnung hat ergeben, dass es eine Vielzahl von Kennzeichnungsvorschriften gibt. Dies erhöht die Komplexität der den Kundinnen und Kunden zur Verfügung gestellten Informationen und führt zu einer Teilung des Binnenmarkts. Ferner wurde festgestellt⁴⁸, dass der bestehende Rechtsrahmen auf europäischer Ebene keine recyclingbezogenen Informationen und nichtphysische Etiketten (sogenannte digitale

⁴³ [Verordnung \(EU\) 2023/988](#).

⁴⁴ Einer unabhängigen Studie zufolge, die im Auftrag der Europäischen Kommission im Jahr 2020 durchgeführt wurde, wird geschätzt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf bestimmter Produkte bis zu 14,1 Mrd. EUR pro Jahr sparen könnten, wenn es keine territoriale Angebotsbeschränkungen gäbe.

⁴⁵ Am 23. Mai 2024 verhängte die Kommission gegen Mondelez eine Geldbuße in Höhe von 337,5 Mio. EUR wegen Behinderung des grenzüberschreitenden Handels mit Schokolade, Keksen und Kaffeeerzeugnissen. Bereits 2019 hatte die Kommission gegen AB InBev eine Geldbuße in Höhe von 200 Mio. EUR wegen Beschränkung des grenzüberschreitenden Verkaufs von Bier verhängt.

⁴⁶ Das EU-Wettbewerbsrecht kommt nur dann zur Anwendung, wenn die territorialen Angebotsbeschränkungen in wettbewerbswidrigen Vereinbarungen enthalten sind oder einseitig von einem marktbeherrschenden Betreiber auferlegt werden.

⁴⁷ [Jährliches Arbeitsprogramm der Union für europäische Normung für 2024](#).

⁴⁸ [Überprüfung der Verordnung \(EU\) Nr. 1007/2011](#). Zum Beispiel: „Außerdem werden neue Fasern mit zunehmender Komplexität und Geschwindigkeit entwickelt, und es werden schnell neue Recyclingtechnologien verfügbar sein, was eine bessere Kennzeichnung der Faserzusammensetzung erfordert“; „digitale Kennzeichnungstechnologien sind jetzt ohne Weiteres verfügbar und erschwinglich“.

Kennzeichnung) erfasst.

1.5 Regulatorischer Aufwand im Binnenmarkt

Die Unternehmen halten den regulatorischen Aufwand in Europa für zu groß: 32 % der EU-Unternehmen nannten Vorschriften als „Haupthemmnis“ für ihre Investitionstätigkeit. Weitere 34 % der EU-Unternehmen sehen die Regulierung zumindest als geringes Hemmnis an. Das bedeutet, dass insgesamt zwei Drittel der Unternehmen der Ansicht sind, dass sie durch eine zu starke Regulierung an Investitionen gehindert zu werden⁴⁹. In den USA dagegen sind nur 21 % der Unternehmen der Meinung, dass „Vorschriften für Unternehmen“ ein großes Hemmnis für Investitionen darstellen. Im Vergleich zum letzten Jahr ist die Wahrnehmung der EU-Unternehmen in Bezug auf die Belastung durch staatliche Regulierung weitgehend konstant geblieben, mit einer geringfügigen Verbesserung von 3,4 im Jahr 2019 auf 3,9 im Jahr 2023⁵⁰; sie wird aber immer noch als zu große Belastung empfunden (siehe Indikator 4).

41 % der Unternehmen sind der Auffassung, dass der erhöhte regulatorische Aufwand der Hauptrisikofaktor ist, der sich negativ auf die Attraktivität der EU als Standort für ausländische Direktinvestitionen auswirkt⁵¹. Dies könnte zumindest zum Teil den erheblichen Rückgang des Anteils der EU an den jährlichen globalen Direktinvestitionsströmen von 36 % (2019) auf 4 % (2023)⁵² erklären. Der regulatorische Aufwand ist für KMU besonders groß. 28 % der KMU in der EU geben an, dass sie mehr als 10 % ihres Personals für die Prüfung und Einhaltung regulatorischer Anforderungen und Standards beschäftigen⁵³. So können beispielsweise Genehmigungsverfahren für neue oder modernisierte Produktionsanlagen zeitaufwendig und kostspielig sein und die Interaktion mit einer Vielzahl öffentlicher Verwaltungen erfordern. Weitere Bereiche, die von den Unternehmen immer wieder als besondere Belastung wahrgenommen werden, sind die Entsendung von Arbeitnehmern, die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Rechtsvorschriften für Chemikalien.

1.6 Digitale Instrumente für den Binnenmarkt

Die Wirtschaftsbeteiligten berichten über Schwierigkeiten beim Online-Zugang zu Informationen und bei der Erledigung von Verwaltungsformalitäten über das Internet. Jüngsten Erhebungen zufolge⁵⁴ gehören zu den Hauptproblemen der erschwerte Zugang zu Informationen über Vorschriften und Anforderungen sowie zu komplexe Verwaltungsverfahren. Hier können digitale Instrumente den Zugang erleichtern und den Verwaltungsaufwand verringern. So dient beispielsweise das einheitliche digitale Zugangstor, eine Initiative der EU für elektronische Behördendienste, bereits als zentrale Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die in einem anderen EU-Land arbeiten, studieren oder eine Geschäftstätigkeit ausüben möchten. Sein Anwendungsbereich wird schrittweise auf weitere Bereiche und Gesetzgebungsinitiativen ausgeweitet⁵⁵. Es sind jedoch noch erhebliche

⁴⁹ EIB, [Investment Barriers in the EU](#).

⁵⁰ Auf einer Skala von 1 bis 7 (1 = extrem komplex und 7 = extrem einfach).

⁵¹ Ernst & Young, [European Attractiveness Survey 2024](#).

⁵² [Europäische Kommission – Binnenmarktanzeiger](#); [UNCTAD](#).

⁵³ Europäische Investitionsbank, [EIB Investment Survey 2024](#).

⁵⁴ Siehe z. B. 2024 Eurochambres Single Market Survey, „[Overcoming obstacles, developing solutions](#)“.

⁵⁵ Der Anwendungsbereich wurde kürzlich auf die Verordnung über europäische Daten-Governance, die Verordnung über die kurzfristige Vermietung von Unterkünften, die Netto-Null-Industrie-Verordnung und das europäische Gesetz zu kritischen Rohstoffen ausgeweitet. Derzeit gibt es Vorschläge zur Einbeziehung der Richtlinie für einen Rahmen für europäische grenzübergreifende Vereine, der Richtlinie über den Führerschein und der Richtlinie über die Begründung ausdrücklicher Umweltaussagen und die diesbezügliche Kommunikation.

Fortschritte nötig, insbesondere um die Verfahren für grenzüberschreitende Nutzerinnen und Nutzer zugänglich zu machen.

Die fragmentierte Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission kann die wirksame Umsetzung des EU-Rechts untergraben. Das Binnenmarktinformationssystem (IMI) spielt eine wichtige Rolle bei der Erleichterung der Zusammenarbeit und des schnellen Austauschs zwischen über 12 000 Behörden in ganz Europa. Im vergangenen Jahr wurde die Datenbank der reglementierten Berufe in das IMI integriert. Zusätzliche Verwendungen des IMI, wie die vorgeschlagene Einrichtung eines zentralen digitalen Meldeportals für die Entsendung von Arbeitnehmern, könnten den Verwaltungsaufwand weiter verringern.

Die uneinheitliche Einführung der elektronischen Rechnungsstellung erhöht den Verwaltungsaufwand zusätzlich, insbesondere im öffentlichen Auftragswesen. Die Richtlinie über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen⁵⁶ verpflichtet alle öffentlichen Auftraggeber in Europa, elektronische Rechnungen entgegenzunehmen und zu verarbeiten, die der Norm entsprechen. Der Anteil der europäischen Unternehmen, die elektronische Rechnungen versenden, ist von 10,3 % im Jahr 2013 auf 32,2 % im Jahr 2020 gestiegen.

Der Mangel an umfassenden und zugänglichen Informationen über den Produktlebenszyklus behindert die Bemühungen um Transparenz und Nachhaltigkeit. Der digitale Produktpass, der im Rahmen der Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte eingeführt wurde und seit Juli 2024 in Kraft ist, stellt umfassende Informationen über den Lebenszyklus eines Produkts bereit, einschließlich Konformitätserklärungen, Sicherheitsanweisungen und Hinweise zur Entsorgung des Produkts.

Schließlich ermöglicht die Interoperabilität des öffentlichen Sektors, dass Verwaltungen zusammenarbeiten und öffentliche Dienste grenzüberschreitend, sektorübergreifend und über organisatorische Schranken hinweg erbringen. Durch grenzüberschreitende Interoperabilität können Unternehmen jährlich zwischen 5,7 Mrd. EUR und 19,2 Mrd. EUR einsparen⁵⁷.

1.7 KMU

Die KMU in der EU (99,8 % der Unternehmen) stehen im Mittelpunkt des Wirtschaftsgefüges der EU, doch das wirtschaftliche Umfeld ist für sie nach wie vor schwierig. Wie die KMU-Leistungsüberprüfung 2024 der GD GROW zeigt, ist die reale Wertschöpfung der KMU im Jahr 2023 um 1,6 % zurückgegangen, und für 2024 wird ein weiterer Rückgang um 1,0 % erwartet. Im Vergleich zu Großunternehmen hat sich die Produktivität von KMU in die falsche Richtung entwickelt: Im Jahr 2008 waren KMU etwa 68 % so produktiv wie Großunternehmen, im Jahr 2024 ist dieser Wert auf 60 % gesunken⁵⁸.

KMU sind weiterhin der Motor für Wachstum und Innovation in Europa. Die meisten Scale-up-Unternehmen in der EU, die sich durch schnelles Wachstum und hohe Produktivität auszeichnen, sind KMU⁵⁹. Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten haben in den letzten drei Jahren fast 4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, und in 11 von 14 industriellen

⁵⁶ [Richtlinie 2014/55/EU](#).

⁵⁷ [Folgenabschätzung zum Gesetz für ein interoperables Europa](#).

⁵⁸ [SME performance review](#).

⁵⁹ [OECD, Helping SMEs scale up](#).

Ökosystemen war das Beschäftigungswachstum bei KMU im Jahr 2023 stärker als bei Großunternehmen⁶⁰.

Vier große Herausforderungen bremsen KMU: regulatorische Hemmnisse bzw. Verwaltungsaufwand, verzögerte Zahlungen, Zugang zu Finanzmitteln und Kompetenzen⁶¹. 35 % der KMU sehen in komplexen administrativen oder rechtlichen Verfahren ein Haupthemmnis für die Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz⁶², während der Zugang zu Kompetenzen für 29 % der KMU das größte Problem darstellt⁶³. Darüber hinaus verschlechtert sich die Zahlungssituation in Europa weiter: Die tatsächlichen Zahlungsfristen bei B2B-Geschäftsvorgängen sind von 52 Tagen im Jahr 2022 auf 62 Tage im Jahr 2024 gestiegen. Die mangelnde Dynamik im KMU-Segment ist eine Folge des langsameren Gesamtwachstums der Wirtschaft, aber auch ein Hinweis darauf, dass ein Unternehmensaufbau schwieriger geworden ist und das Potenzial von Größenvorteilen im Binnenmarkt weiter erschlossen werden kann.

1.8 Mögliche Erweiterung und Integration von Kandidatenländern in den Binnenmarkt

Die wirtschaftliche Integration der Kandidatenländer in den EU-Binnenmarkt ist eine der wichtigsten Prioritäten der Kommission⁶⁴. Sie erleichtert Handels- und Investitionsströme und fördert letztlich das Wirtschaftswachstum sowohl in der EU als auch in den Kandidatenländern. Die Kommission unterstützt diese Integration weiterhin, indem sie die Fortschritte der Kandidaten bei der Angleichung ihrer Rechtsvorschriften an das EU-Recht überwacht und ihre politischen und wirtschaftlichen Reformen unterstützt. Die Integration weiterer Volkswirtschaften in den Binnenmarkt dürfte sich positiv auf Schlüsselsektoren wie Rohstoffe, Maschinen und Tourismus auswirken.

Zu den Initiativen zur Stärkung der Beziehungen zur Ukraine und zur Republik Moldau gehört die Regulierungsintegration ausgewählter Industriesektoren. Die Rolle der EU als wichtiger Handelspartner beider Länder hat seit 2022 stetig zugenommen – die Region hat mittlerweile einen Anteil von mehr als 50 % am Gesamthandelsvolumen. Mit der Ukraine findet ein jährlicher Dialog über die industrielle Zusammenarbeit statt; im März 2024 legte die ukrainische Regierung den Ukraine-Plan⁶⁵ vor, eine Liste von Reformen und Investitionen, die das Land näher an die EU und den Binnenmarkt heranführen sollen. Im Rahmen möglicher Abkommen betreffend die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA) stärkt die Kommission die Verwaltungskapazitäten der Kandidatenländer, um sie bei der Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für Industriegüter zu unterstützen. Ziel ist es, die schrittweise Integration der Kandidatenländer in den EU-Binnenmarkt und in die wirtschaftlichen Wertschöpfungsketten zu gewährleisten.

⁶⁰ Europäische Kommission, [SME Performance Review 2024](#).

⁶¹ Als dringlichste Probleme nannten die KMU (bei der Frage war eine Mehrfachauswahl möglich): regulatorische Hemmnisse oder Verwaltungsaufwand (55 %), verzögerte Zahlungen (35 %), mangelnde Liquidität und mangelnder Zugang zu Finanzmitteln (21 %) sowie Kompetenzen einschließlich Führungskompetenzen (17 %). Quelle: Eurobarometer 486, KMU-Entlastungspaket.

⁶² Flash Eurobarometer 549 über KMU, Ressourceneffizienz und grüne Märkte.

⁶³ 2023 Survey on Access to Finance for Enterprises (SAFE).

⁶⁴ Europäische Kommission, [Reformen und Überprüfungen von Politikbereichen im Vorfeld der Erweiterung](#).

⁶⁵ Rat der Europäischen Union, [Ukraine-Plan](#).

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Nachbarländern der EU kann auch für die EU selbst von Vorteil sein, da sie Handelsmöglichkeiten eröffnet. Der Wachstumsplan für den Westbalkan⁶⁶ sieht eine schrittweise Integration in den EU-Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen und eine engere Anbindung an die EU-Lieferketten vor. Die Schaffung eines gemeinsamen regionalen Markts für den Westbalkan, der mit den EU-Vorschriften in Einklang steht, könnte dazu führen, dass sich die Wirtschaft der Region in den nächsten zehn Jahren verdoppelt.

⁶⁶ Europäische Kommission, [Wachstumsplan für den Westbalkan](#), angenommen am 8. November 2023.

ABSCHNITT 2 – Schließung der Innovationslücke

2.1 Forschung und Innovation

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller Wert EU-
Indikator 5: FuE-Ausgaben	Anteil der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP	> 3 % bis 2030	2,22 % (2023) 2,21 % (2022)
Indikator 6: Patentanmeldungen	Patentanmeldungen je Million Einwohner		152,8 (2023) 151,8 (2022)
Indikator 7: Risikokapitalinvestitionen	Risikokapitalinvestitionen (Anteil am BIP)		0,05 % (2023) 0,09 % (2022)

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) und die Schaffung von geistigem Eigentum sind wichtige Indikatoren für die Innovationsfähigkeit der EU-Wirtschaft. In der heutigen wissensbasierten Wirtschaft ist geistiges Eigentum entscheidend für wirtschaftlichen Erfolg und ein Zeichen für die Innovationskraft der Unternehmen. Start-up-Unternehmen erhalten zehnmal häufiger Risikokapital in der Frühphase, wenn sie Patente oder Marken angemeldet haben. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Ausstiegs um 200 % höher, wenn Rechte des geistigen Eigentums vorhanden sind⁶⁷. Darüber hinaus machen immaterielle Vermögenswerte 90 % des Marktwerts von S&P 500-Unternehmen aus⁶⁸.

Die FuE-Ausgaben sind in den letzten Jahren nur sehr langsam gestiegen, von 2,1 % des BIP im Jahr 2015 auf 2,2 % im Jahr 2023⁶⁹. Dieser Wert liegt nach wie vor unter der EU-Zielvorgabe von 3 % des BIP für FuE. Darüber hinaus sind die FuE-Ausgaben in der EU weiterhin niedriger als in anderen Ländern (Südkorea: 5,2 %, USA: 3,6 %, Japan: 3,4 % und China: 2,6 %) ⁷⁰ (Indikator 5).

Der Anteil Europas an den weltweiten Patentanmeldungen ging zwischen 2000 und 2021 von 30 % auf 17 % zurück, ist jedoch in absoluten Zahlen konstant geblieben⁷¹ (Indikator 6). EU-Unternehmen, insbesondere KMU, nutzen die Möglichkeit, ihr geistiges Eigentum wie Patente, Marken und Geschmacksmuster formell zu schützen, nur unzureichend. Nur 9 % der KMU besitzen eingetragenes geistiges Eigentum, bei Großunternehmen sind es mehr als 55 %.

Die technologische Basis der EU ist zwar breiter gefächert als die anderer großer Volkswirtschaften, doch ist sie unverhältnismäßig stärker auf weniger komplexe Technologien ausgerichtet. Dies deutet auf eine gewisse Mid-Tech-Falle hin, die die EU daran hindert, in neue technologieintensive Sektoren einzusteigen und diese auszubauen, wodurch das künftige Wachstumspotenzial untergraben wird. Betrachtet man die fünfzig weltweit größten FuE-Investoren nach Sektoren, die im Jahr 2023 im EU-Anzeiger für FuE-Investitionen der Industrie 2024 vorgestellt wurden, so sind EU-Unternehmen in der Automobilbranche führend (61 % am Gesamtvolumen, USA 18 %, China 5 % und Japan 15 %), während EU-Investoren in anderen technologieintensiven Sektoren zurückliegen: Gesundheitssektor (EU 14 % ggü. USA 51 %, Japan 4 %); IKT-Hardware (EU 8 % ggü. USA

⁶⁷ Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum, „[Patents, trade marks and startup finance](#)“.

⁶⁸ Sun, Review of the Importance of Technology Company Valuation and Commonly Used Methods, Bd. 189, S. 30.

⁶⁹ Eurostat, [FuE-Ausgaben](#).

⁷⁰ Anmerkung: Die Werte für andere Länder stammen aus dem Jahr 2021: Weltbank, [Research and development expenditure \(% of GDP\) | Data](#).

⁷¹ Europäische Kommission – GD RTD, [Science, Research and Innovation Performance of the EU 2024](#), S. 83.

55 %, China 15 %); IKT-Software (EU 4 % ggü. USA 82 %, China 10 %, Japan 4 %)⁷². Die Innovationsleistung der EU hat sich in den letzten zehn Jahren leicht verbessert (8 %), liegt aber weiterhin unter derjenigen der USA, des Vereinigten Königreichs und Japans, wobei China mit einem Anstieg von 28 % im selben Zeitraum schnell aufgeholt hat⁷³.

Unternehmen und Hochschulen haben Schwierigkeiten bei der Verwendung und Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse. So wird beispielsweise nur etwa ein Drittel der patentierten Erfindungen europäischer Hochschulen kommerziell verwertet⁷⁴. Dies ist im Allgemeinen auf die mangelnde Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen, uneinheitliche Regelungen für den Umgang mit geistigem Eigentum und isolierte akademische Laufbahnen ohne ausreichende Anreize für Vermarktung und unternehmerische Initiativen zurückzuführen. Unternehmen dagegen stehen bei der Vermarktung ihrer durch Rechte des geistigen Eigentums geschützten Innovationen vor zahlreichen Herausforderungen, wie z. B. einer fragmentierten Governance-Landschaft im Bereich des geistigen Eigentums und einem Mangel an privatem Kapital.

Die Risikokapitalinvestitionen sind gegenüber dem ohnehin bereits niedrigen Niveau weiter zurückgegangen: von 0,09 % des BIP im Jahr 2022 auf 0,05 % im Jahr 2023 (siehe Indikator 7 und Abbildung 3). Viele innovative, schnell wachsende Unternehmen sind bei ihrer Expansion auf Risikokapital in Form von Risikokapitalinvestitionen angewiesen. Der EU-Risikokapitalmarkt (dargestellt als Anteil der Risikokapitalinvestitionen am BIP) ist Schätzungen zufolge immer noch zehnmal kleiner als der der USA und siebenmal kleiner als der Chinas. Daher sind viele hoch innovative europäische Unternehmen durch den begrenzten Zugang zu Kapital eingeschränkt, was sie häufig dazu veranlasst, sich im Ausland um Finanzmittel zu bemühen oder sogar in Länder mit einem günstigeren Finanzierungsumfeld, wie z. B. die USA, umzusiedeln. In der fortschrittlichen Fertigung beispielsweise flossen zwischen 2017 und 2023 fast 90 % des Risikokapitalwerts in US-amerikanische oder chinesische Unternehmen (47 % bzw. 39 %), während nur 4 % des weltweit in dieser Branche aufgebrauchten Risikokapitals an Unternehmen mit Sitz in der EU gingen⁷⁵.

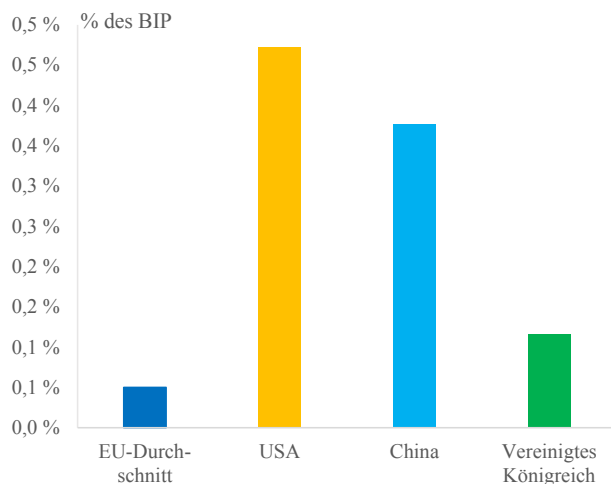
Abbildung 3: Risikokapitalinvestitionen als Anteil am BIP (2023)

⁷² Europäische Kommission – GD RTD und JRC, [EU Industrial R&D Investment Scoreboard](#).

⁷³ Europäische Kommission, Tracking country innovation performance: [The Innovation Output Indicator 2023](#).

⁷⁴ Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, „[The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe](#)“, Teil B, S. 244.

⁷⁵ [Europäische Kommission, Strategic Insights into the EU's Advanced Manufacturing Industry, Report \(2024\)](#).



Quellen: Invest Europe, Eurostat, OECD, Statista

Der EU-Haushalt umfasst eine Reihe von Programmen, die bedeutende Hebel für öffentliche und private Investitionen und Forschungsanstrengungen darstellen. So hat InvestEU bereits 218 Mrd. EUR an Investitionen für eine innovativere und wettbewerbsfähigere EU mobilisiert. Im Rahmen von „Horizont Europa“ werden im Zeitraum 2021-2027 93,5 Mrd. EUR für Forschung und Innovation bereitgestellt, und aus dem Innovationsfonds werden innovative CO₂-arme Technologien unterstützt (siehe Abschnitt 3.2). Zwar stehen im EU-Haushalt beträchtliche Finanzierungsmöglichkeiten zur

Verfügung, doch verteilen sich die EU-Ausgaben auf zu viele Programme. Das erhöht die Komplexität und Unbeweglichkeit und läuft den Bestrebungen zuwider, Stärke durch Größe aufzubauen, indem Ressourcen zur Finanzierung wichtiger Projekte auf EU-Ebene gebündelt werden⁷⁶.

Die Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) wurde 2024 eingerichtet, um EU-Mittel in vorrangige Projekte, Technologien und Sektoren zu lenken. Sie fördert Investitionen und unterstützt die Entwicklung und Herstellung innovativer und strategischer Technologien in Europa. Im Rahmen von STEP werden Finanzmittel aus elf EU-Programmen für drei Investitionsschwerpunkte aufgebracht und gesteuert: digitale Technologien und technologieintensive Innovationen, saubere und ressourceneffiziente Technologien und Biotechnologien. Die Kommission hat bereits rund 30 Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 8,5 Mrd. EUR veröffentlicht, und die Mitgliedstaaten haben mehr als 6 Mrd. EUR in STEP-Projekte umgelenkt.

2.2 Digitalisierung

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller EU-Wert
Indikator 8: Digitale Intensität der KMU ⁷⁷	Anteil der EU-Unternehmen mit mindestens grundlegender digitaler Intensität. Das heißt, diese Unternehmen setzen mindestens vier von zwölf ausgewählten digitalen Technologien ein (z. B. verwenden sie KI-Technologie oder ihre Verkäufe im elektronischen Handel machen mindestens 1 % des Gesamtumsatzes aus), wie sie im Politikprogramm für die digitale Dekade definiert sind.	90 % bis 2030	57,7 % (2023) 54,8 % (2021)

⁷⁶ Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, [„The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe“](#).

⁷⁷ Europäische Kommission, [Berichte über den Stand der digitalen Dekade](#).

Indikator 9: Nutzung digitaler Technologien durch Unternehmen	Anteil der europäischen Unternehmen, die Cloud-Computing-Dienste, Datenanalytik und/oder künstliche Intelligenz nutzen. Ziel im Politikprogramm für die digitale Dekade festgesetzt.	75 % bis 2030	Cloud-Computing-Dienste: 38,9 % (2023) 34,0 % (2021) Datenanalytik: 33,2 % (2023) Massendatenverarbeitung (Big Data): 14,2 % (2020) ⁷⁸ Künstliche Intelligenz: 8,0 % (2023) 7,6 % (2021)
--	--	---------------	--

Die EU liegt im digitalen Bereich hinter ihren Konkurrenten zurück. Beispielsweise gibt es hier nur 263 Unicorn-Unternehmen, gegenüber 1 539 in den USA und 387 in China. Die EU ist in Bereichen wie der fortschrittlichen Fertigung und Mobilfunkausrüstung nach wie vor wettbewerbsfähig, konnte aber im Hardware- und Softwaresegment des Informations- und Kommunikationstechnologiesektors (IKT) nicht mit dem allgemeinen Tempo der globalen Konkurrenz mithalten. Während sich der Anteil der EU am globalen IKT-Markt in den letzten zehn Jahren halbiert hat (auf 10,8 %), ist der Anteil der USA um ein Drittel gestiegen (auf 38 %)⁷⁹. Darüber hinaus befindet sich die Wissensbasis der EU für die Entwicklung digitaler Technologien größtenteils außerhalb der Union, wobei fast 70 % der digitalen Patentanmeldungen aus Drittländern stammen⁸⁰.

Die digitale Intensität der KMU und die Einführung digitaler Technologien in den Unternehmen nehmen nicht schnell genug zu. Im Jahr 2023 wiesen 57,7 % der KMU in der EU zumindest eine grundlegende digitale Intensität auf. Auch wenn dies ein Anstieg gegenüber dem Niveau vor zwei Jahren ist, reicht dies nicht aus, um das Ziel einer grundlegenden digitalen Intensität von 90 % bis 2030 zu erreichen (Indikator 8). Der Anteil der EU-Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten, die digitale Schlüsseltechnologien eingeführt haben, ist ebenfalls gestiegen: 33,2 % der Unternehmen nutzen Datenanalytik, 38,9 % Cloud-Computing und 8 % haben KI in ihrem Unternehmen eingeführt⁸¹. Aber auch diese Zahlen entsprechen nicht dem Ziel, bis 2030 einen Anteil von 75 % zu erreichen (Indikator 9).

Die Einführung fortschrittlicher Fertigungsverfahren in traditionellen Industriezweigen wie der additiven Fertigung und der Robotik verläuft nach wie vor schleppend. Die Roboterichte in der EU liegt bei 22 Einheiten je 1 000 Beschäftigte und damit hinter den USA (29) und deutlich hinter Südkorea (101), China (47) und Japan (42)⁸².

Die umwälzendsten und vielversprechendsten technologischen Fortschritte werden sich im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) abspielen, in dem Europa derzeit im Rückstand ist. Die EU hat es bisher versäumt, die Möglichkeiten des Binnenmarkts zu nutzen, um den Zugang zu frei fließenden Daten in großem Umfang zu ermöglichen und die Expansionsmöglichkeiten zu verbessern – beides Voraussetzungen für eine erfolgreiche Technologieindustrie. Unternehmen tätigen umfangreiche Investitionen in KI, der Löwenanteil sind US-Unternehmen. Es wird erwartet, dass sich der Wert des Sektors bis 2030 mehr als

⁷⁸ Aufgrund einer Änderung der Definition ist bei den Angaben zum Indikator 16 keine vollkommene Vergleichbarkeit gegeben, da im Jahr 2023 Werte für Datenanalytik und im Jahr 2020 Werte für Massendatenverarbeitung (Big Data) ermittelt wurden.

⁷⁹ Statista, [Weltweiter IKT-Marktanteil 2023](#).

⁸⁰ Europäische Kommission, GD JRC, [The geography of EU green and digital inventions and their knowledge sources](#), 2023.

⁸¹ Eurostat, [Digitalisation in Europe – 2024 edition](#).

⁸² International Federation of Robotics, [Global Robot Density in Factories Doubled in Seven Years](#).

verzehnfacht⁸³. Um die Bedingungen für die technologische Entwicklung zu verbessern, baut die EU ihre weltweit führende Hochleistungsrecheninfrastruktur aus, um „KI-Fabriken“ zu schaffen, die den Unternehmen als zentrale Anlaufstellen für das Trainieren und die Entwicklung von KI-Modellen dienen.

Ein verstärkter Einsatz digitaler Technologien im verarbeitenden Gewerbe kann die Produktivität in der gesamten Wirtschaft erheblich steigern. Der Einsatz von Technologie ist genauso wichtig wie ihre Entwicklung und relativ einfach zu realisieren. Dagegen ist es viel schwieriger, im Bereich der KI-Entwicklung zu den USA und China aufzuschließen, die bereits weit vorausgeeilt sind. Die Schaffung von Anreizen für die Einführung fortschrittlicher digitaler Technologien in der Industrie, im Dienstleistungssektor und im öffentlichen Sektor wird für die Ankurbelung der Wirtschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung sein.

2.3 Kompetenzen und Bildung

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller EU-Wert
Indikator 10: Beschäftigungsquote	Anteil der Erwerbstätigen im erwerbsfähigen Alter	78 % bis 2030	75,3 % (2023) 74,6 % (2022)
Indikator 11: Beteiligung Erwachsener an allgemeiner und beruflicher Bildung	Anteil der Erwachsenen, die mindestens einmal jährlich an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilnehmen	60 % bis 2030	39,5 % (2022) 37,4 % (2016)
Indikator 12: IKT-Fachkräfte	Anteil der IKT-Fachkräfte an der Gesamtbeschäftigung	20 Millionen IKT-Fachkräfte, ca. 10 % der Gesamtbeschäftigung	9,8 Millionen, 4,8 % der Gesamtbeschäftigung (2023) 9,4 Millionen, 4,6 % der Gesamtbeschäftigung (2022)
Indikator 13: PISA-Wert	Leistung von 15-Jährigen in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften bei den PISA-Tests der OECD. Je höher der Wert, desto besser die Leistung.		Mathematik: 474 (2022) Mathematik: 492 (2018) Lesen: 475 (2022) Lesen: 488 (2018) Naturwissenschaften: 484 (2022) Naturwissenschaften: 488 (2018)

Während sich die Beschäftigungsquote in der EU stetig auf das Ziel von 78 % im Jahr 2030⁸⁴ zubewegt (Indikator 10), lassen die Bildungsergebnisse im Sekundarbereich zu wünschen übrig. Die Beschäftigungsquote in der EU lag 2023 bei über 75 % (2018: 72 %)⁸⁵. Diese Entwicklung entspricht weitgehend derjenigen in den USA, liegt aber unter den Trends in Japan und im Vereinigten Königreich⁸⁶. Gleichzeitig steht Europa bei der Vermittlung grundlegender Kompetenzen an junge Menschen einem Problem gegenüber. Die durchschnittlichen PISA-Werte, die Auskunft über die Leistung von 15-Jährigen in den Bereichen Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften geben, sind in allen Fächern gesunken. Damit setzt sich der in früheren Erhebungen festgestellte Abwärtstrend fort. Schülerinnen und

⁸³ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, [AI investment: EU and global indicators](#).

⁸⁴ Das Ziel beruht auf dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte.

⁸⁵ Eurostat, [Beschäftigte und Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht – jährliche Daten](#).

⁸⁶ OECD, [Labour force participation rate](#).

Schüler in der EU schneiden schlechter ab als Gleichaltrige im Vereinigten Königreich, den USA, Japan und China⁸⁷ (Indikator 13). Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen trägt dazu bei, den Fachkräftemangel zu beheben, doch hat sich das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle in den letzten Jahren nur geringfügig verringert.

Die rasche Entwicklung des Arbeitsmarkts in Verbindung mit dem demografischen Wandel macht deutlich, dass die Europäerinnen und Europäer mit neuen Kompetenzen ausgestattet werden müssen. Mehr als 70 % der Unternehmen geben an, dass der Mangel an den richtigen Kompetenzen ihre Investitionen behindert, und fast vier von fünf KMU berichten, dass es schwierig ist, Arbeitskräfte mit den richtigen Kompetenzen zu finden⁸⁸. Das Problem wird dadurch verschärft, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Europa von heute bis 2050 durchschnittlich um etwa eine Million Menschen pro Jahr zurückgehen wird⁸⁹, sofern dies nicht kompensiert wird. Obwohl die Nachfrage nach IKT-Kompetenzen hoch ist und weiter steigt, verfügen nur schätzungsweise 56 % der Bevölkerung über grundlegende oder mehr als grundlegende digitale Kompetenzen⁹⁰, was den Bedarf an Weiterbildung und Umschulung der Arbeitskräfte deutlich macht. 45 % der KMU geben an, dass Qualifikationsdefizite sie daran hindern, digitale Technologien einzuführen oder effektiv zu nutzen⁹¹. Die Zahl der IKT-Fachkräfte belief sich 2023 auf 10 Millionen (4,8 % der Gesamtbeschäftigung⁹²) und nähert sich dem Ziel für 2030, dass 10 % der Beschäftigten IKT-Fachkräfte sind (Indikator 12). Dennoch nehmen nur 39,5 % der Erwachsenen an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teil (Indikator 11), was den Bedarf an der Förderung von lebenslangem Lernen deutlich macht. Der Europäische Sozialfonds stellt im Zeitraum 2021-2027 142,7 Mrd. EUR für die Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte bereit. Als Reaktion auf Qualifikationsdefizite in kritischen Sektoren wie Netto-Null-Technologien, Cybersicherheit und Bauwesen wurden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft spezialisierte Branchenakademien ins Leben gerufen.

ABSCHNITT 3 – Dekarbonisierung der Industrie und Investitionen

3.1 Zugang zu Kapital und Investitionen aus der Privatwirtschaft

Indikator	Was wird gemessen	Aktueller EU-Wert
Indikator 14: Private Investitionen	Private Nettoinvestitionen (Anteil am BIP)	18,5 % (2023) 19,3 % (2022)
Indikator 15: In Anleihen, Aktien, Investmentfonds u. Ä. angelegte private Ersparnisse	Volumen der Ersparnisse privater Haushalte in Anleihen, börsennotierten Aktien und Investment-, Versicherungs- und Pensionsfonds angelegten Ersparnisse privater Haushalte im Verhältnis zum Volumen der Barbestände und Bankeinlagen privater Haushalte. Der Wert gibt Auskunft über den Anteil der Ersparnisse, der direkt in Investitionen in die Realwirtschaft fließt und den Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln erleichtert.	43 % (2023) 42 % (2022)

⁸⁷ OECD, [PISA 2022 Ergebnisse](#).

⁸⁸ Europäische Kommission, [Digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze](#).

⁸⁹ Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, [Employment and social developments in Europe 2023](#).

⁹⁰ Eurostat, [Digitalisation in Europe 2024 edition](#).

⁹¹ [European Year of Skills - Skills shortages, recruitment and retention strategies in small and medium-sized enterprises. Bericht \(September 2023\) |Europäische Kommission \(europa.eu\)](#).

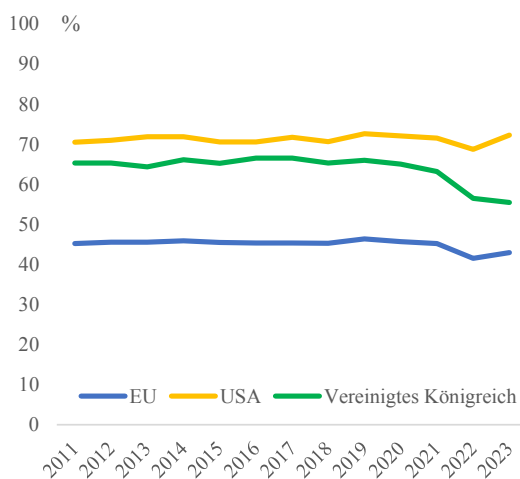
⁹² Eurostat, [ICT specialists in employment](#).

Bei den Unternehmen besteht ein enormer Investitionsbedarf, wenn sie den grünen und digitalen Wandel bewältigen wollen. Erforderlich sind Investitionen in die Erzeugung, Übertragung und Speicherung von Strom, die Elektrifizierung industrieller Prozesse, Energieeffizienz, Rechenkapazität, Automatisierung und viele andere Bereiche. Auch in die Halbleiterindustrie und in die Gewinnung, Verarbeitung und das Recycling vieler kritischer Rohstoffe muss investiert werden.

Die privaten Investitionen sind mit rund 19 % des BIP in den letzten Jahren weitgehend konstant geblieben (Indikator 14). Insgesamt sind die Werte etwas höher als in den USA und deutlicher höher als im Vereinigten Königreich⁹³. Die spezifische Analyse der Entwicklung des Risikokapitals und der damit verbundenen KPI ist in Abschnitt 2 zu finden.

Im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften fließt ein wesentlich geringerer Anteil der privaten Ersparnisse in der EU direkt in Investitionen in Unternehmen und risikoreichere Anlageformen. Die produktiven Investitionen sind gering und die privaten Ersparnisse hoch⁹⁴. Der Anteil der Ersparnisse der privaten Haushalte in der EU, der in Unternehmensanleihen, börsennotierte Aktien, Investmentfonds u. Ä. fließt, ist relativ gering und entspricht 43 % der Ersparnisse auf traditionellen Bankkonten (Indikator 15)⁹⁵. Der entsprechende Anteil im Vereinigten Königreich liegt bei 55 % und in den USA bei 72 % (siehe Abbildung 4)⁹⁶. Hohe Beteiligungsquoten an den Finanzmärkten helfen den Unternehmen, ihre Finanzierung zu diversifizieren. Starke Kapitalmärkte sind wichtig, um Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern und Finanzierungen für Scale-ups bereitzustellen⁹⁷.

Abbildung 4: In Anleihen, Aktien, Investmentfonds u. Ä. angelegte Ersparnisse privater Haushalte.



Anmerkung: Volumen der in

⁹³ AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission.

⁹⁴ Produktive Investitionen werden hier als Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Wohnungsbauinvestitionen definiert.

⁹⁵ Anmerkung: Ein Teil dieser Ersparnisse unterstützt durch die Portfolioallokation von Banken und anderen Finanzintermediären die Investitionstätigkeit der Unternehmen.

⁹⁶ Anmerkung: Die Liste der Indikatoren der Kommission zur Kapitalmarktunion enthält detaillierte Indikatoren, anhand derer sich die Entwicklung auf den Kapitalmärkten verfolgen lässt. [List of indicators to monitor progress towards the CMU objectives](#).

⁹⁷ Europäische Investitionsbank (EIB), [Die Scale-up-Lücke](#).

Unternehmensanleihen, börsennotierten Aktien und Investment-, Versicherungs- und Pensionsfonds angelegten Ersparnisse privater Haushalte im Verhältnis zum Volumen der Barbestände und Bankeinlagen privater Haushalte.

Quelle: Europäische Kommission, GD FISMA

Erhebliche Beträge der EU-Sparer sind entweder auf Bankkonten gebunden oder im Ausland angelegt. Obwohl das Volumen der privaten Ersparnisse in der EU im Jahr 2022 fast 65 % höher war als in den USA, verfügen die privaten Haushalte in der

EU über ein deutlich geringeres Gesamtvermögen als in den USA⁹⁸, was vor allem auf die geringeren Renditen zurückzuführen ist, die sie im Allgemeinen auf den Finanzmärkten erzielen. Während das Nettovermögen der US-Haushalte in den letzten 15 Jahren um rund 150 % gestiegen ist, lag das entsprechende Wachstum im Euroraum nur bei 55 %⁹⁹. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass das Finanzsystem der EU nicht in der Lage ist, hochverzinsliche Investitionen zu fördern. Gründe dafür sind fehlende steuerliche Anreize und umständliche steuerliche Meldepflichten in vielen Mitgliedstaaten sowie die Tatsache, dass die Öffentlichkeit das Geschäftsklima insgesamt als nicht besonders erfolgversprechend wahrnimmt, was das Vertrauen in die Rentabilitätsaussichten schmälert. Von den Ersparnissen der privaten Haushalte in der EU, die in Unternehmensanleihen, börsennotierten Aktien und Investmentfonds angelegt werden, wird ein erheblicher Anteil (ca. 300 Mrd. EUR pro Jahr) nicht in der EU, sondern im Ausland¹⁰⁰, hauptsächlich in den USA, angelegt. Gleichzeitig beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen der EU in den USA im Jahr 2023 auf 3,27 Billionen EUR¹⁰¹.

Die Vergabe neuer Bankkredite an KMU ist seit der COVID-19-Pandemie zurückgegangen, wodurch neue Investitionen in Gefahr sind. Obwohl ein höherer Anteil der Finanzierung von Unternehmen über Unternehmensanleihen, börsennotierte Aktien, Risikokapital und Investmentfonds wünschenswert wäre, ist die Bankfinanzierung nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit des Großteils der europäischen KMU, die traditionelle Bankkredite zur Finanzierung von Investitionen nutzen (die 57 % ihrer Gesamtfinanzierung ausmachen, siehe Abbildung 5). Die Kreditvergabe an KMU, die nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie aufgrund der massiven öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen sprunghaft angestiegen ist, nimmt jedoch deutlich ab, da die öffentliche Unterstützung eingestellt wird. Das derzeitige Niveau bei neuen Bankfinanzierungen ist unter das Niveau vor der Pandemie gesunken (Abbildung 6), was teilweise auch auf den Anstieg der Zinssätze bis 2024 zurückzuführen ist.

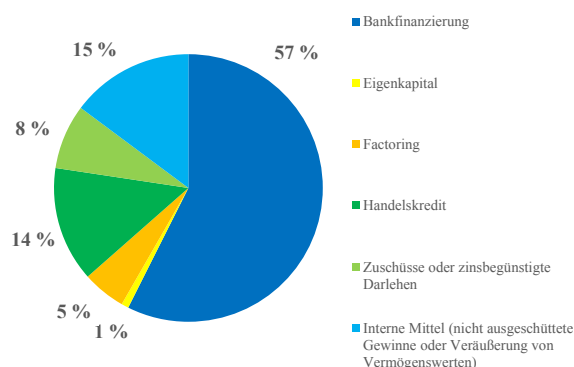
⁹⁸ Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, „[The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe](#)“, Teil B, S. 1.

⁹⁹ Verteilungsbasierte Vermögensbilanz der EZB; Wirtschaftsdaten der US-Notenbank.

¹⁰⁰ Ehemaliger Ministerpräsident Letta, „[Much more than a market](#)“ S. 11.

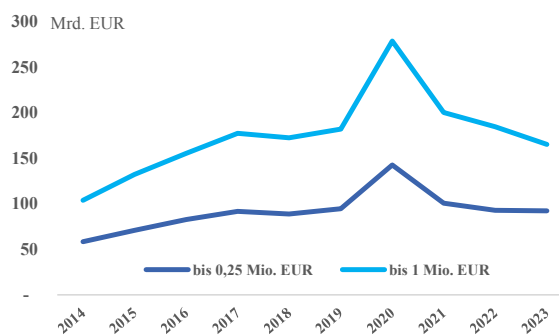
¹⁰¹ Statista, [Foreign direct investment from Europe into the United States from 2000 to 2023](#).

Abbildung 5: Von KMU im Jahr 2023 genutzte Finanzierungsarten (Anteil an der Gesamtfinanzierung)



Quelle: The Survey on the Access to Finance of Enterprises (SAFE), Dezember 2023¹

Abbildung 6: Neue Bankkredite an Nichtfinanzunternehmen



Quelle: Europäische Zentralbank, MFI-Zinsstatistik²

3.2 Öffentliche Investitionen und Infrastruktur

Indikator	Was wird gemessen	Aktueller EU-Wert
Indikator 16: Öffentliche Investitionen	Öffentliche Investitionen (Anteil am BIP)	3,49 % (2023) 3,24 % (2022)

Die öffentlichen Investitionen sind in den letzten Jahren auf 3,5 % des BIP im Jahr 2024 gestiegen, jedoch schleppend (2018: 3,1 % des BIP) (Indikator 16). Das EU-Niveau entspricht zwar den öffentlichen Ausgaben der USA (ebenfalls 3,5 % des BIP), doch ist die Finanzierungslandschaft der EU fragmentiert und komplex und die meisten Finanzierungen erfolgen auf nationaler Ebene. So werden beispielsweise 93 % der jährlich investierten öffentlichen Mittel für FuE über nationale Programme bereitgestellt¹⁰².

Auf EU-Ebene tragen die Kohäsionsfonds, die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) und andere Instrumente dazu bei, den grünen und digitalen Wandel zu finanzieren¹⁰³. Seit 2021 wurden im Rahmen der ARF 306 Mrd. EUR ausgezahlt¹⁰⁴. Um eine schnelle und umfassende Auszahlung der verbleibenden Beträge zu gewährleisten, ist eine konsequente Umsetzung der nationalen Pläne erforderlich. Aus den Kohäsionsfonds wurden im Zeitraum 2021-2024 249 Mrd. EUR ausgezahlt. Der Innovationsfonds wird in diesem Jahrzehnt schätzungsweise 40 Mrd. EUR für die Entwicklung und den Einsatz CO₂-armer Technologien bereitstellen, insbesondere für energieintensive Industrien, die Stromerzeugung und die Energiespeicherung.

Trotz einschlägiger öffentlicher Finanzierungsquellen wie InvestEU und STEP besteht nach wie vor eine Finanzierungslücke beim Ausbau der Produktionskapazitäten, da weniger als 5 % der EU-Mittel für saubere Technologien die Fertigung von Netto-Null-

¹⁰² Ehemaliger Ministerpräsident Draghi, „The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe“, Teil B, S. 236.

¹⁰³ Im Jahr 2023 wurden im EU-Haushalt und im Rahmen von NextGenerationEU 38 % der Mittel für klimarelevante Maßnahmen und 19 % der Mittel für die digitalen Prioritäten der EU bereitgestellt.

¹⁰⁴ Europäische Kommission, [Recovery and Resilience Scoreboard](#).

Technologien in den höchsten Technologie-Reifegraden (8-9) unterstützen¹⁰⁵.

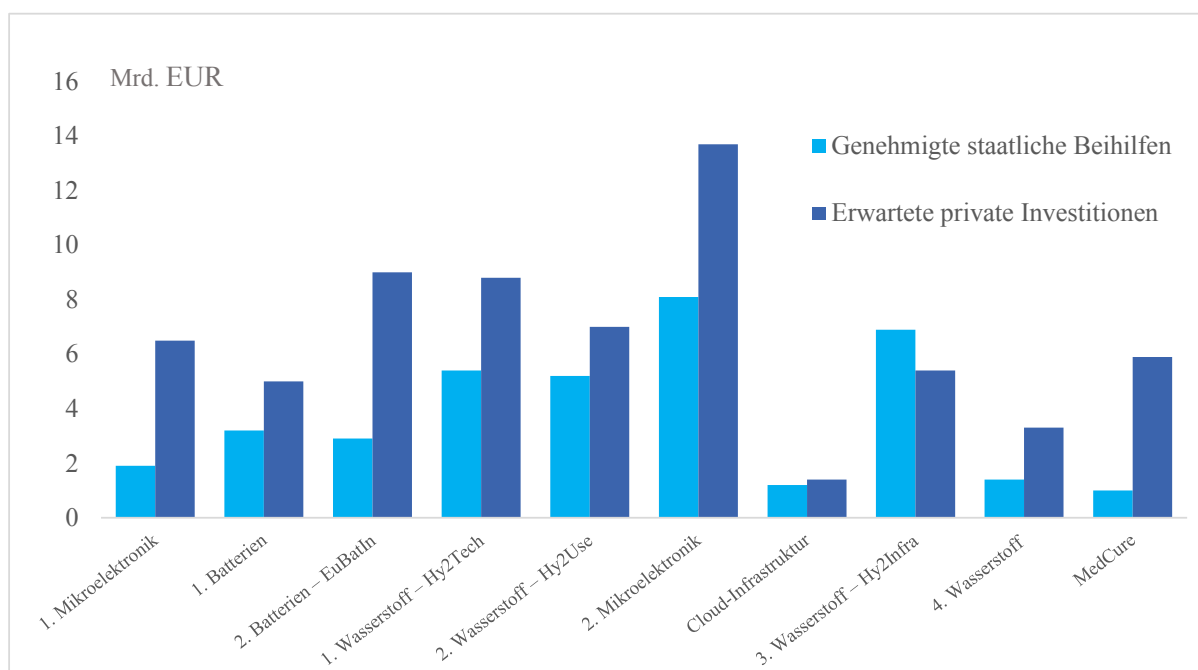
Der EU-Rahmen für staatliche Beihilfen hat gezielte öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten ermöglicht und gleichzeitig unzulässige Wettbewerbsverzerrungen verhindert und gleiche Wettbewerbsbedingungen aufrechterhalten. Im Jahr 2022 gaben die Mitgliedstaaten fast 228 Mrd. EUR (1,4 % ihres BIP) für staatliche Beihilfen (einschließlich Krisenmaßnahmen) aus. Der diesjährige Binnenmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsanzeiger, der zusammen mit diesem Bericht veröffentlicht wird, enthält einen neuen Indikator, der die Konzentration der staatlichen Beihilfen der Konzentration des BIP in der EU gegenüberstellt. Daran ist abzulesen, dass die staatlichen Beihilfen in den letzten zehn Jahren ungleichmäßiger auf die Mitgliedstaaten verteilt wurden¹⁰⁶.

Wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest, IPCEI) sind ein wichtiges Instrument für koordinierte öffentliche und private Investitionen in der EU, um bahnbrechende Innovations- und Infrastrukturprojekte in kritischen Technologien zu unterstützen. IPCEI sind ein Schritt in Richtung einer verstärkten länderübergreifenden Koordinierung der Industriepolitik innerhalb der EU, eine Entwicklung, die noch weiter gehen muss. Bisher wurden zehn integrierte IPCEI mit einer nationalen öffentlichen Unterstützung von 37 Mrd. EUR genehmigt, die 66 Mrd. EUR an privaten Investitionen ausgelöst haben (siehe Abbildung 7). Das Verfahren für die Gestaltung und Überprüfung der IPCEI muss vereinfacht und beschleunigt werden, damit strategische Projekte rasch auf den Weg gebracht werden können. Das im Oktober 2023 ins Leben gerufene Gemeinsame Europäische Forum für IPCEI trägt zur Lösung dieser Probleme bei, indem strategische Bereiche für künftige IPCEI ermittelt und deren Gestaltung und Umsetzung verbessert werden.

¹⁰⁵ Technologie-Reifegrade sind ein Maß für die Reife einer Technologie 1 = am wenigsten ausgereift (Grundlagenforschung) und 9 = am meisten ausgereift (bereit für den Einsatz).

¹⁰⁶ Europäische Kommission, [Binnenmarktanzeiger](#).

Abbildung 7: Überblick über die IPCEI und das ausgelöste Investitionsvolumen (Stand: Herbst 2024)



Quelle: [Genehmigte IPCEIs – Europäische Kommission](#)

Die Vergabe öffentlicher Aufträge kann als strategisches Instrument dienen, um öffentliche Investitionen in die Gestaltung der Zukunft der europäischen Wirtschaft zu lenken und Ziele wie den grünen Wandel und die Resilienz der EU-Wirtschaft zu unterstützen. Die Umsetzung kann jedoch eine Herausforderung darstellen. Die Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen gewährleisten einheitliche Vorschriften im gesamten Binnenmarkt, und jedes Jahr geben die über 250 000 öffentlichen Auftraggeber in der EU rund 14 % des BIP (2022: 2 000 Mrd. EUR) für die Beschaffung von Dienstleistungen, Bauleistungen und Lieferungen aus. Die bestehenden Vorschriften lassen zwar soziale Kriterien, Nachhaltigkeits- und Resilienzkriterien zu, doch wurden diese bisher nur in begrenztem Umfang angewandt, auch aufgrund von Herausforderungen bei der Umsetzung.

3.3 Energie

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller EU-Wert
Indikator 17: Strompreise für Nichthaushaltskunden	Strompreise für Nichthaushaltskunden (EU Gruppe ID, gewerbliche Großabnehmer) ohne erstattungsfähige Steuern und Abgaben		0,16 EUR je kWh (2024) 0,20 EUR je kWh (2023)
Indikator 18: Elektrifizierung	Anteil von Strom am Gesamtenergieverbrauch ¹⁰⁷ .		21,3 % (2022) 20,8 % (2021)
Indikator 19: Anteil der erneuerbaren Energien	Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch	45 % im Jahr 2030	24,5 % (2023) 23 % (2022)

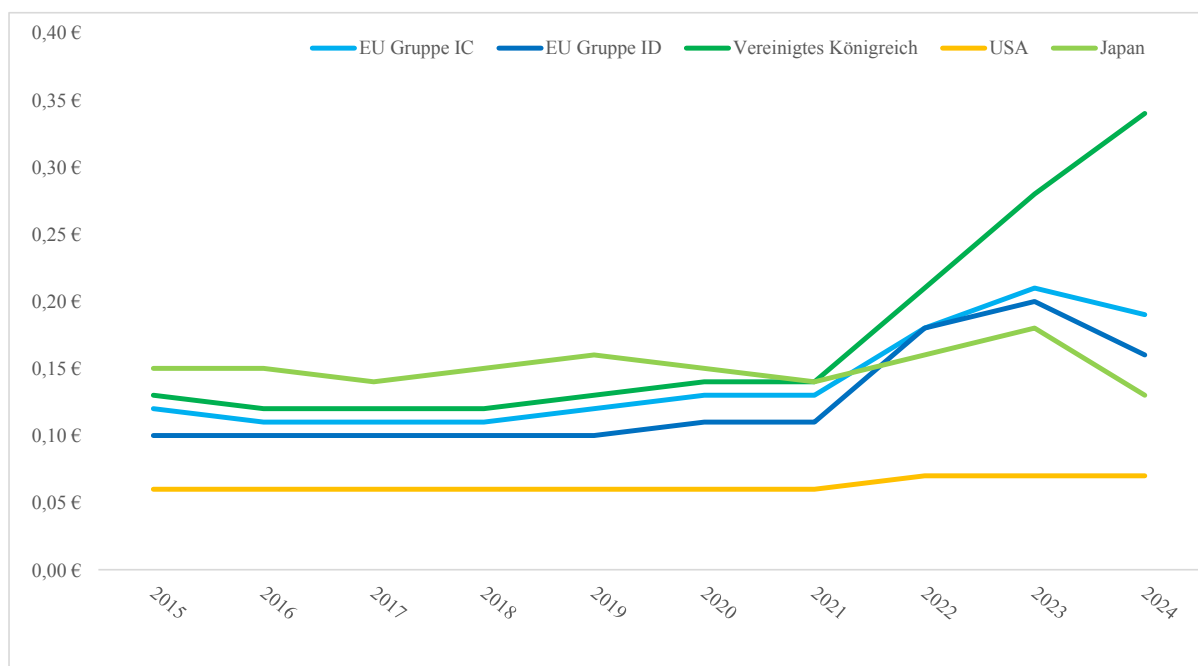
Die Energiepreisspitzen der letzten Jahre haben den energieintensiven Industriezweigen

¹⁰⁷ Anteil von Strom am Bruttoendenergieverbrauch.

in Europa, z. B. Stahl-, Zement-, Glas-, Papier- und Chemikalienherstellung, **zu schaffen gemacht**. Die Produktion ist stark zurückgegangen, in einigen Segmenten um mehr als 10 % im Vergleich zu der Zeit vor 2021¹⁰⁸. In der Aluminiumherstellung beispielsweise machen die Energiekosten in der Regel die Hälfte der gesamten Produktionskosten aus¹⁰⁹. Die Energiekosten beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Unternehmen auf den internationalen Märkten erheblich.

Die Strompreise in der EU sind gegenüber ihrem Höchststand gesunken, aber gemessen an historischen Ständen immer noch fast doppelt so hoch und deutlich höher als in konkurrierenden Regionen (siehe Indikator 17). Die Unternehmen in der EU sind mit Strompreisen konfrontiert, die im Durchschnitt dreimal so hoch sind wie in den USA, und mit Erdgaspreisen, die vier- bis fünfmal so hoch sind¹¹⁰. Auch innerhalb der EU bestehen erhebliche Preisunterschiede¹¹¹. Der Preisanstieg hat sich unmittelbar negativ auf das Vertrauen der Investoren ausgewirkt und dazu geführt, dass ausländische Direktinvestitionen eingestellt und Expansionsprojekte gestoppt wurden. 33 % der Unternehmen geben an, dass schwankende und zu hohe Energiepreise die Hauptfaktoren sind, die sich negativ auf die Attraktivität der EU als Unternehmensstandort auswirken¹¹².

Abbildung 8: Strompreise für Unternehmen in der EU und anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften.



Quelle: Eurostat, die US-Behörde für Energieinformationen (EIA), UK Department for Energy Security and Net Zero (DESNZ) und die Internationale Energieagentur (IEA)¹¹³.

¹⁰⁸ Eurostat, Europäische Kommission – GD GROW.

¹⁰⁹ International Aluminium Institute.

¹¹⁰ Eurostat, US-Behörde für Energieinformationen (EIA), UK Department for Energy Security and Net Zero (DESNZ) und Internationale Energieagentur (IEA).

¹¹¹ Siehe die nationalen Zahlen zum Indikator 17 in Anhang 1 dieses Berichts.

¹¹² Ernst & Young, [EY Europe Attractiveness Survey, Juni 2024](#).

¹¹³ EU Gruppe IC = mittelgroße gewerbliche Abnehmer mit einem Jahresverbrauch zwischen 500 MWh und 2 000 MWh. EU Gruppe ID = gewerbliche Großabnehmer mit einem Jahresverbrauch zwischen 2 000 MWh und 20 000 MWh.

Das derzeitige Preisniveau behindert auch die Elektrifizierung der EU-Wirtschaft. Der Anteil von Strom am Energiemix liegt seit 2000 konstant bei etwa 20 % und ist noch nicht auf breiter Front gestiegen (Indikator 18)¹¹⁴. Dies lässt sich zum Teil durch das anhaltend geringe Preisgefälle zwischen Gas und Strom erklären, das trotz der höheren Energieeffizienz elektrischer Systeme keine ausreichenden wirtschaftlichen Anreize für den Umstieg auf Strom bietet. Dies hält die Industrie und die privaten Haushalte von einem Umstieg ab. Es wird jedoch erwartet, dass der Stromanteil aufgrund der zunehmend strengerer Emissionsvorschriften, höherer CO₂-Preise¹¹⁵ und der Überarbeitung der Energiebesteuerungsvorschriften¹¹⁶ nach und nach steigen wird. Dies wird die Elektrifizierung der Industrie vorantreiben, Anreize für die Nutzung von Wärmepumpen zum Heizen schaffen und die Verbreitung von Elektrofahrzeugen beschleunigen.

Die Wirtschaft der EU ist nach wie vor in hohem Maße von fossilen Brennstoffen abhängig, auf die rund zwei Drittel des Energiemixes entfallen. Der Anteil erneuerbarer Energien nimmt zu und macht 24,5 % (KPI 19) aus, und die Kernenergie macht 12 % des Energiemixes der EU aus¹¹⁷. Aus der Folgenabschätzung zur Mitteilung über das europäische Klimaziel für 2040 geht hervor, dass diese sauberen Energiequellen im Jahr 2040 75 % des Energiebedarfs der EU decken könnten¹¹⁸. Die derzeitige Abhängigkeit von eingeführten fossilen Brennstoffen setzt die Industrie dem Risiko von Versorgungsunterbrechungen und Preisschwankungen aus, während eine stärkere künftige Nutzung von dekarbonisierten Energiequellen die Erschwinglichkeit erhöhen und die Anfälligkeit der Industrie begrenzen kann.

Europa kann eine beachtliche Erfolgsbilanz in den Bereichen saubere Technologien und Energieinnovation vorweisen¹¹⁹, **bietet aber noch keine ausreichenden Rahmenbedingungen, um innovative Produkte auf den Markt zu bringen und Unternehmen die Möglichkeit zum Expandieren zu geben.** Dies könnte aber dazu beitragen, die Energieeffizienz zu steigern und die Stromversorgung zu verbessern. Der Weltmarkt für wichtige in Massenfertigung hergestellte saubere Technologien soll sich bis 2035 auf einen jährlichen Wert von rund 1,9 Billionen EUR verdreifachen¹²⁰. Somit bieten sich den Unternehmen in der EU enorme Chancen. Die rasche Umsetzung der Netto-Null-Industrie-Verordnung wird der EU dabei helfen, starke inländische Produktionskapazitäten für diese Technologien aufzubauen, die für die Deckung des Bedarfs der Gesellschaft an günstigerer und sauberer Energie entscheidend sind.

3.4 Kreislaufwirtschaft

Indikator	Was wird gemessen	Zielwert	Aktueller EU-Wert
Indikator 20: Anteil kreislaforientiert verwendeter Materialien	Anteil der verwerteten und in die Wirtschaft zurückgeführten Materialien am gesamten Materialverbrauch	23,4 % bis 2030	11,8 % (2023) 11,5 % (2022)

¹¹⁴ [Energiestatistische Datenblätter für die EU-Länder](#).

¹¹⁵ Emissionshandelssystem der EU.

¹¹⁶ Die überarbeitete Energiebesteuerungsrichtlinie wird derzeit verhandelt.

¹¹⁷ Eurostat, [Energiestatistik](#).

¹¹⁸ Europäische Kommission, [Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, Begleitunterlage zur Mitteilung über das europäische Klimaziel für 2040](#).

¹¹⁹ Europäische Kommission – GD RTD; die Patentstatistik zeigt, dass EU-Unternehmen 29 % der Patente im Bereich saubere Energie und 24 % der Patente im Bereich Energieeffizienz anmelden.

¹²⁰ Internationale Energieagentur, [Energy Technology Perspectives](#) (2024). Im Bericht sind 2 Billionen USD angegeben (Umrechnung: Ende 2024).

Auf dem Weg zu einer Kreislaufwirtschaft kommt Europa langsam voran¹²¹. Seit 2000 ist die Kreislauffähigkeit der EU-Wirtschaft, gemessen am Anteil kreislauffähig verwendeter Materialien, von 8,2 % auf 11,8 % im Jahr 2023 gestiegen¹²² (Indikator 20), was zu einem geringeren Verbrauch an Primärmaterialien, einem geringeren Abfallaufkommen und einer geringeren Abhängigkeit von Drittstaaten geführt hat. Der Materialfußabdruck der EU, mit dem die Rohstoffgewinnung für den Verbrauch in der EU gemessen wird, belief sich 2022 auf 14,8 Tonnen pro Kopf¹²³.

Mehrere Faktoren behindern den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft. Wirtschaftliche Einschränkungen können die Einführung kreislauffähiger Geschäftsmodelle behindern, da sie häufig mit höheren Vorlaufkosten verbunden sind und Sekundärrohstoffe in der Regel teurer sind als Primärrohstoffe. In Verbindung mit Innovationsrisiken und Unsicherheit in Bezug auf die Rendite von Investitionen sowie der Schwierigkeit, Lösungen in einem fragmentierten Markt breit anzuwenden und zu replizieren, ist der geschäftliche Nutzen der Kreislaufwirtschaft nicht klar erkennbar. So erschweren beispielsweise Unterschiede zwischen den Rechtsrahmen in den EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf die Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft, die freie Verbringung von Abfällen innerhalb des Binnenmarkts. Dies verhindert die Entwicklung verbesserter Lieferketten und den Ausbau innovativer Recyclinganlagen. Der Grad der Verwertung von Industrieabfällen oder Nebenprodukten (Industriesymbiose) ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat und von Branche zu Branche unterschiedlich, wobei die preiswerte Deponierung und die mangelnde Vorhersehbarkeit des Angebots an Abfällen/Nebenprodukten Hindernisse für Kreislaufmodelle darstellen. Darüber hinaus besteht noch Spielraum, die Reparierbarkeit von Waren zu verbessern, um ihre Lebensdauer zu verlängern und den mit der Produktion neuer Waren verbundenen Ressourcen- und Energieverbrauch zu begrenzen. Zudem gibt es ein großes ungenutztes Potenzial bei der Ausweitung der Nutzung biobasierter Werkstoffe, insbesondere von Baustoffen und Konsumgütern auf Holzbasis, aus heimischen europäischen Wäldern. Dies würde die Nutzung endlicher Ressourcen einschränken und es könnten mehr Gebäude und Güter als CO₂-Senken fungieren.

Das Gesetz zu kritischen Rohstoffen und die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte schaffen bessere Bedingungen für kreislauffähige Geschäftsmodelle. Gemäß dem Gesetz zu kritischen Rohstoffen müssen die Recyclingkapazitäten der EU bis 2030 25 % des jährlichen Verbrauchs strategischer Rohstoffe abdecken; dadurch werden Investitionen in Verwertungsanlagen optimiert. Auf Produktebene wird es die Ökodesign-Verordnung für nachhaltige Produkte ermöglichen, spezifische Kreislaufkriterien für bestimmte Produktkategorien zu entwickeln. Dadurch wird die Fragmentierung des Marktes aufgrund unterschiedlicher nationaler Regelungen zur Nachhaltigkeit von Produkten überwunden. Das Rohstoffinformationssystem¹²⁴ unterstützt mit Lebenszyklusdaten zu wichtigen Rohstoffen eine fundierte Politikgestaltung und informierte Geschäftsentscheidungen.

¹²¹ Europäischer Rechnungshof, [Sonderbericht: Kreislaufwirtschaft – Langsame Umsetzung in den Mitgliedstaaten trotz EU-Maßnahmen](#).

¹²² Eurostat, [Materialflüsse und Ressourcenproduktivität](#).

¹²³ Europäische Umweltagentur, [Europe's Material Footprint](#).

¹²⁷ Europäische Kommission, [RMIS – Raw Materials Information System](#).

ABSCHNITT 4 – Erhöhung der Sicherheit und Verringerung von Abhängigkeiten

4.1 Handel und strategische Abhängigkeiten

Indikator	Was wird gemessen	Aktueller EU-Wert
Indikator 21: Handel mit der übrigen Welt als Anteil am BIP	Grad der wirtschaftlichen Integration der EU in die übrige Welt	14,8 % bei Waren (2023) 17,4 % bei Waren (2022) 7,4 % bei Dienstleistungen (2023) 7,8 % bei Dienstleistungen (2022)
Indikator 22: Anteil der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen an den weltweiten Einfuhren	Globales Gewicht und Marktanteil der EU-Wirtschaft	20,4 % bei Waren (2023) 16,1 % bei Waren (2022) 31,9 % bei Dienstleistungen (2023) 33,5 % bei Dienstleistungen (2022)

Der internationale Handel ist für den Wohlstand der EU von entscheidender Bedeutung.

Er bietet Unternehmen die Möglichkeit, weltweit tätig zu sein, Arbeitsplätze zu schaffen und Umsatzquellen zu erschließen, die Effizienz zu steigern und Innovationen zu fördern. Auch trägt er zur wirtschaftlichen Sicherheit in Europa bei, weil er Lieferketten sichert und diversifiziert und kritische Inputs für europäische Unternehmen bereitstellt. Die offene Struktur der EU-Wirtschaft und die wirtschaftliche Bedeutung des Handels mit der übrigen Welt haben sich in den letzten dreißig Jahren verdoppelt: Der Warenhandel außerhalb der EU ist von 8 % des BIP im Jahr 1995 auf 14,8 % im Jahr 2023 und der Dienstleistungshandel außerhalb der EU von 3 % des BIP im Jahr 1995 auf 7,4 % im Jahr 2023 gestiegen (Indikator 21)¹²⁵. Im Vergleich zu 2022 ist der Anteil des Handels am BIP, insbesondere bei Waren, zurückgegangen. Entsprechend den in Abschnitt 1.1 beschriebenen Trends beim Intra-EU-Handel liegt der Extra-EU-Handel weiterhin über dem Niveau von 2021 und vor der Pandemie, wobei ein Großteil des Anstiegs im Jahr 2022 auf (Energie-)Preiseffekte zurückzuführen ist (siehe Abbildung 9).

Die EU schöpft ihre wirtschaftliche und politische Stärke aus ihrer Position als globale Handelsmacht – sie ist weltweit die Nummer eins bei der Ausfuhr von Dienstleistungen und die Nummer zwei bei der Ausfuhr von Waren. Die EU war stets die Volkswirtschaft mit dem größten Volumen der Ausfuhren von Dienstleistungen. Der Anteil der Dienstleistungsausfuhren an den Dienstleistungseinfuhren aus der übrigen Welt nahm stetig zu und lag 2021 bei einem Höchststand von 36 %. Lediglich im Jahr 2023 sank er auf etwas unter 32 %. Der Anteil der Warenausfuhren an den Einfuhren der übrigen Welt hat sich in den letzten zehn Jahren umgekehrt; die EU-Zahlen sind langsam rückläufig, abgesehen von dem sprunghaften Anstieg von 16 % im Jahr 2022 auf 20 % im Jahr 2023 (siehe Abbildung 10, Indikator 22)¹²⁶.

¹²⁵ Eurostat, Internationaler Handel mit Waren ([ext_go](#)); Internationaler Handel mit Dienstleistungen ([ext_ser](#)).

¹²⁶ UN Industrial Development Organisation, Competitive Industrial Performance Database, Datenbanken der Weltbank, Eurostat, Schätzungen der Europäischen Kommission.

Abbildung 9: Handel der EU mit der übrigen Welt als Anteil am BIP der EU

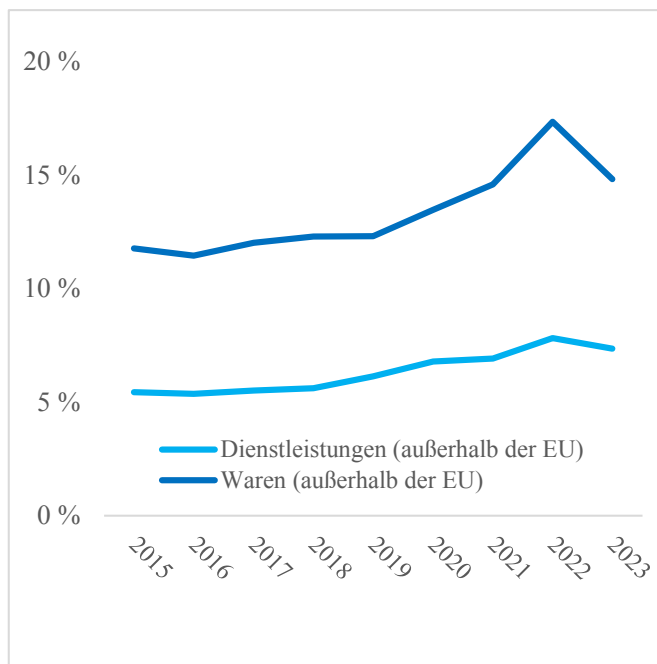
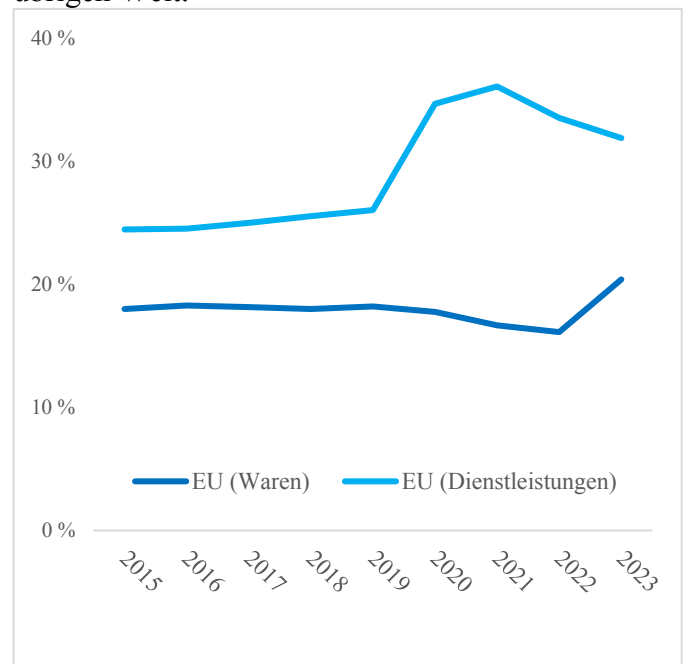


Abbildung 10: Anteil der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen an den Einfuhren aus der übrigen Welt.



Quellen: UN Industrial Development Organisation, Competitive Industrial Performance Database, Datenbanken der Weltbank, Eurostat, Schätzungen der Europäischen Kommission.

Diese Trends sind Teil eines allgemeinen Wandels in der globalen Handelslandschaft.

Zwar gibt es keine Anzeichen für eine strukturelle Deglobalisierung, doch ist die Bedeutung des Welthandels im Verhältnis zum BIP seit 2013 weitgehend unverändert geblieben. Dafür wurden teilweise verschiedene Schocks wie die COVID-19-Pandemie und die Handelsspannungen zwischen den USA und China verantwortlich gemacht. In den letzten Jahren haben Wirtschaftsbeteiligte auf der ganzen Welt Maßnahmen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit und Resilienz eingeführt (siehe Anhang 2 zu Resilienzmaßnahmen ausgewählter globaler Akteure), was zu einer globalen Umgestaltung der Lieferketten geführt hat. Die Lieferketten der EU sind dynamische Netze, die sehr gut aufgestellt sind, um sich an diese neue globale Landschaft anzupassen. Jüngsten Analysen zufolge scheint es Belege für eine Verlagerung der EU-Einfuhren von Partnern ohne Abkommen¹²⁷ zurück in die EU („Reshoring“), zu benachbarten Abkommenspartnern („Nearshoring“) und nicht benachbarten Abkommenspartnern („Partnershoring“) zu geben, jeweils mit unterschiedlicher Intensität¹²⁸. Dies hat insgesamt zu einer stärkeren Diversifizierung der EU-Einfuhren geführt.

Handelsabkommen und strategische Partnerschaften fördern den Zugang zu Märkten im Ausland und schaffen neue Investitionsmöglichkeiten. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da die inländische Produktion bestimmter Waren begrenzt ist und EU-Unternehmen das sich im Ausland bietende Potenzial nutzen können. Die Kommission hat in den letzten fünf Jahren 140 Hemmnisse für EU-Ausfuhren in mehr als 40 Ländern abgebaut

¹²⁷ „Abkommenspartner“ sind Drittländer, mit denen die EU (bereits bestehende oder vorläufig angewandte) Handelsabkommen oder Rohstoffpartnerschaften unterhält oder die das „Joint Statement of Cooperation on Global Supply Chains“ von 2022 unterzeichnet haben. Die übrigen Drittländer gelten als „Partner ohne Abkommen“ (z. B. Russland und China).

¹²⁸ R. Arjona, W. Connell, C. Herghelegiu (2024): „[Supply Chain Tectonics: Empirics on how the EU is plotting its path through global trade fragmentation](#)“, Europäische Kommission, Single Market Economics Papers 28.

und allein im Jahr 2023 zusätzliche EU-Ausfuhren im Wert von 6,2 Mrd. EUR ermöglicht¹²⁹.

Zugleich bestehen erhebliche Risiken aufgrund zunehmender geopolitischer Spannungen, unlauterer Handelspraktiken und strategischer Abhängigkeiten, denen eine offene Volkswirtschaft wie die der EU ausgesetzt ist. Belege für zunehmende chinesische Ausfuhren zu äußerst wettbewerbsfähigen Preisen, die in vielen Fällen durch staatliche Subventionen begünstigt werden, könnten Segmenten des verarbeitenden Gewerbes in der EU ernsthaften Schaden zufügen. Aus diesem Grund hat die EU Zölle auf Elektrofahrzeuge aus China eingeführt¹³⁰. Darüber hinaus hat die EU eine neue Verordnung über drittstaatliche Subventionen erlassen und den Rahmen für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in strategischen Bereichen gestärkt. Anhang 2 enthält Einblicke in die Resilienzmaßnahmen ausgewählter globaler Akteure¹³¹.

Die Analyse der Anfälligkeit der EU-Wirtschaft gegenüber externen Faktoren zeigt, dass die EU im Handelsbereich im Vergleich zu China anfälliger ist, aber weniger anfällig als die USA. Bei sämtlichen Industrieerzeugnissen liegt der External Vulnerability Index (EXVI)¹³² für die EU bei 0,22, für China bei 0,13 und für die USA bei 0,28. In strategischen Lieferketten wie Halbleitern, Netto-Null-Technologien und kritischen Rohstoffen ist die EU bei Rohstoffen am anfälligsten (0,28), gefolgt von Halbleitern (0,22) und Netto-Null-Technologien (0,18). Im Vergleich zu ihren wichtigsten Handelspartnern scheint die EU in allen drei spezifischen Lieferketten anfälliger für externe Faktoren zu sein als China. Verglichen mit den USA ist die EU jedoch nur in der Halbleiter-Lieferkette anfälliger. In den letzten zehn Jahren ist die Anfälligkeit kritischer Rohstoffe in der EU leicht zurückgegangen, während die Anfälligkeit der Lieferketten für Halbleiter und Netto-Null-Technologien relativ konstant geblieben ist (siehe Anhang 1 Teil II).

EU-Unternehmen berichten von Schwierigkeiten beim Zugang zu bestimmten Grundstoffen, wobei der Zugang zu Rohstoffen wie Stahl, Kupfer, fossilen Brennstoffen, Lithium usw. von 37 % als Haupthemmnis genannt wurde¹³³. Weitere wichtige Hemmnisse sind der Zugang zu Halbleitern und Mikrochips (23 %) sowie zu anderen Komponenten, Halbfertigerzeugnissen und Ausrüstungen (27 %) ¹³⁴. Um den Zugang zu kritischen Rohstoffen zu verbessern, hat die EU 14 Rohstoffpartnerschaften geschlossen, weitere sind in Vorbereitung¹³⁵. Mit dem Global Gateway¹³⁶ stärkt die EU weiterhin die Handelsbeziehungen zu Wachstumszentren und sichert Lieferketten in kritischen Bereichen.

¹²⁹ Europäische Kommission, [Umsetzung und Durchsetzung der Handelspolitik der EU](#).

¹³⁰ EU-Zölle auf die Einfuhr von batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen aus China.

¹³¹ Dieser Anhang bietet einen globalen Rahmen in den Bereichen Handel und Lieferketten und beschreibt Resilienzmaßnahmen der USA, des Vereinigten Königreichs, Chinas, Japans, Indiens, Kanadas, Australiens, Südkoreas, Singapurs und Taiwans.

¹³² Die Analyse erfolgte anhand des neu eingeführten External Vulnerability Index (EXVI) der Europäischen Kommission, einem zusammengesetzten Indikator zur Bewertung der Anfälligkeit von Produkten, Sektoren, Lieferketten und der Gesamtwirtschaft gegenüber außenwirtschaftlichen Entwicklungen. Er quantifiziert die Anfälligkeit der Wirtschaft gegenüber externen Schocks mit einer Punktzahl von 0 (geringe Anfälligkeit) bis 1 (hohe Anfälligkeit). Der Index beruht auf zwei Säulen: zum einen den Risiken, die sich aus der Abhängigkeit vom Ausland ergeben (hier werden die Konzentration der Handelsströme und die Abhängigkeit von ausländischen Märkten untersucht) und zum anderen den Risiken, die sich aus einer schwachen Position auf dem Weltmarkt ergeben (hier werden die Stärken und Schwächen des Wettbewerbs durch Preisunterschiede und relative komparative Vorteile bewertet).

¹³³ Europäische Investitionsbank, [EIB Investment Survey](#).

¹³⁴ Europäische Investitionsbank, <https://www.eib.org/en/publications/20240179-navigating-supply-chain-disruptions>.

¹³⁵ Europäische Kommission, [Raw materials diplomacy](#).

¹³⁶ Europäische Kommission, [Global Gateway](#).

Schlussfolgerung

Dieser Bericht zeigt die Stärken und Schwächen der EU-Wirtschaft und ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf. Dem Bericht zufolge schreitet die Integration in den Binnenmarkt weiter voran, hat sich jedoch verlangsamt. Das Konformitätsdefizit ist kleiner geworden, jedoch ist die Fragmentierung bei Waren und Dienstleistungen nach wie vor sehr groß und der Verwaltungsaufwand sehr hoch. Europa läuft Gefahr, im Bereich Innovation zurückzufallen. Private und öffentliche FuE-Ausgaben liegen weiterhin unter denen der vergleichbaren Länder. Unternehmen haben Schwierigkeiten zu expandieren, und Risikokapital spielt im Vergleich zu konkurrierenden Volkswirtschaften weiterhin eine untergeordnete Rolle. Die Beschäftigungsquoten steigen, aber es besteht nach wie vor ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Die Digitalisierung schreitet voran, wie die Verbreitung digitaler Technologien zeigt, aber noch nicht schnell genug. Auch die Dekarbonisierung der Industrie und der Energiesysteme sowie die Kreislaufwirtschaft machen Fortschritte, das Tempo sollte jedoch erhöht werden. Hohe Energiepreise belasten die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Öffentliche und private Investitionen fließen nicht immer in die aussichtsreichsten Technologien und Sektoren. Europa profitiert von seiner Position als sehr offene Wirtschaft, aber strategische Abhängigkeiten sollten sorgfältig überwacht werden.

Es besteht großes Potenzial, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Europas zu festigen und die Stärke und das Potenzial des EU-Binnenmarkts voll auszuschöpfen, wenn die dargelegten Herausforderungen und Hemmnisse entschlossen angegangen werden. Es muss für die Unternehmen einfacher gemacht werden, zu expandieren, innovativ zu sein und die Produktivität zu steigern. Da viele der Wettbewerbsfaktoren eng miteinander verknüpft sind, erfordert die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands in Europa ein kohärentes und strategisches Konzept, insbesondere in dem schwierigen geopolitischen Kontext.

Der Jahresbericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit wird in den politischen Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand einfließen und die nächsten Schritte für politische Maßnahmen vorgeben. Dieser Bericht stellt eine gemeinsame Beurteilung der Sachlage und Diagnose dar und verweist auf politische Prioritäten für die Industriepolitik, insbesondere für den bevorstehenden Deal für eine saubere Industrie, und für den Binnenmarkt, insbesondere für die neue Binnenmarktstrategie. In diesem Zusammenhang skizziert der Kompass für die Wettbewerbsfähigkeit den Rahmen für künftige politische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums in Europa. Darüber hinaus wird der vorliegende Bericht als Grundlage für die Beratungen im Europäischen Rat, im Rat (Wettbewerbsfähigkeit) und im Europäischen Parlament sowie mit den Mitgliedstaaten dienen. Ebenso kann er als Grundlage für eine enge Zusammenarbeit und den Dialog mit Interessenträgern, einschließlich Unternehmen, dienen. Der Bericht wird in die Diskussionen im Rahmen des Europäischen Semesters, über das Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit, den Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen einfließen. Insgesamt ermöglicht dieser Bericht eine genaue Überwachung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, sodass die verschiedenen europäischen Akteure jährlich die Fortschritte verfolgen und politische Prioritäten ermitteln können.